Juli 2024
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

NEIN zum BVG-Bschiss am 22.9.

Besuch in Bukarest

EGÖD-Kongress – und: Wo stehen Rumäniens Gewerkschaften?

Rossini und das Restmonopol: Die Post wird 175 Jahre alt

Mit dem VPOD bei der KPT Prämien sparen

Dank der Vereinbarung mit der Krankenkasse KPT profitieren VPOD-Mitglieder von nachstehenden Vorteilen:

Rabatt von 9% auf den Spitalversicherungen (allgemein, halbprivat, privat) sowie den Krankenpflegeversicherungen Plus und Comfort.

Das Angebot gilt auch für Familienangehörige (Ehepartnerinnen und -partner, eingetragene Partnerinnen oder Partner, Lebenspartnerinnen und -partner sowie ledige Kinder bis zur Vollendung des 25. Altersjahres), **welche im gleichen Haushalt wie das VPOD-Mitglied leben.**

Aufnahme und Verbleib im Kollektivvertrag sind bis **zum ordentlichen AHV-Alter möglich.**

Versicherte, welche bereits über die KPT versichert sind, können die bisherige Krankenversicherung neu im Kollektivvertrag mit der gleichen Deckung weiterführen.

Einzige Änderung neben der tieferen Prämie: Der VPOD ist für das Prämieninkasso zuständig. Versicherten ausserhalb der KPT vermitteln wir gerne eine Beratung und/oder Offerte.

Kontakt und weitere Informationen:
Zentralsekretariat VPOD | Postfach
8036 Zürich | nicolas.wildi@vpod-ssp.ch
Telefon 044 266 52 65
www.vpod.ch/krankenkasse

vpod ssp | kpt: die krankenkasse mit dem plus

Ich will VPOD-Mitglied werden!

☐ **Ich möchte dem VPOD beitreten.**

☐ **Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.**

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

5 **Rossini und das Restmonopol**
Die Schweizerische Post wird 175 Jahre alt

6–8 **Völlig falsch gestrickt: Nein zum BVG-Bschiss!**
Am 22. September stimmen wir über eine Revision der zweiten Säule der Altersvorsorge ab

9 **Die Schweiz steigt ab**
Neuer IGB-Index: Das Klima wird beinahe weltweit gewerkschaftsfeindlicher

11 **Ist das Geld, oder kann das weg?**
Sommerkino: «Zwei zu eins» ist eine gelungene Tragikomödie über den Untergang des realexistierenden Sozialismus

13–21 **Dossier: Besuch in Bukarest**
Der 11. EGÖD-Kongress beschliesst ein kämpferisches Aktionsprogramm
Ein Gespräch mit Adrian Neagoe, Vizepräsident Publisind, über Sicherheit und Freiheit, über Diktatur und Demokratie und über Gewerkschaften im heutigen Rumänien
Ein Gespräch mit Claudia Petcu und Razvan Gae, Generalsekretärin und Vizepräsident der Gesundheitsgewerkschaft Sanitas

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**
10 **Aus den Regionen und Sektionen**
12 **Dragica Rajčić Holzner:** Von Büchern und Menschen (5)
22 **Wirtschaftslektion:** Freizügigkeit auf dem Prüfstand
23 **Wettbewerb:** Jenseits von Heidi
24 **VPOD aktuell**
25 **Hier half der VPOD:** Sanfte Landung
26 **Solidar Suisse:** Mein Freund, der Regenwald
27 **Menschen im VPOD:** Christoph Battaglia, Dozent Instrumentalmusik Gitarre, PH Schaffhausen

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 5, Juli 2024
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Schussabgabe

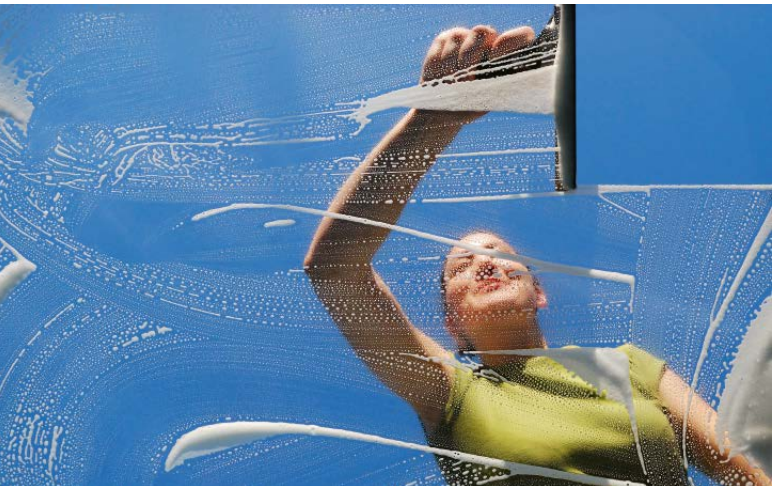
Vielleicht wird dieses Berliner EM-Finale nicht so tief ins kulturelle Gedächtnis eingehen wie andere – zumal die Schweizer Nati, wenn auch knapp, darin nicht vorkam. Aber weil es am Tag nach dem Trump-Attentat war, werden sich auch das 2:1 Spaniens gegen England, der gefühlt 100. Titel der Iberer und die gefühlt 1000. Niederlage der Insulaner in die Hirnrinde graben.

Viele wissen noch genau, welchen grossen Match sie in welcher Umgebung miterlebt haben. Etwa den Final von 1992, als die Dänen aus dem Nichts Europameister wurden. Oder jenen von 2004, den völlig unerwartet die Griechen gewannen. Auch von den WMs erinnert man sich an die eine oder andere. Beim Endspiel von 1974 fieberte die Restwelt mit Cruyff & Co. gegen die Deutschen.

Die germanophobe Stimmung von damals ist mir noch gegenwärtig, obwohl Schlatters noch keinen Fernseher besassen, nur eine Cabaret-Rotstift-Platte. Dabei gehörten ja die Maiers und Müllers, die Beckenbauers und Breitners längst nicht mehr zur Tätergeneration. Sondern zu den mehr oder weniger wacker die Vergangenheit ihrer Eltern bewältigenden Kindern. 1954 war das noch anders, als Deutschland im Berner Wankdorf erstmals den Pokal errang. Jedenfalls auf dem Trainer, Sepp Herberger, ruht ein Schatten: Sein NSDAP-Beitritt datiert vom Mai 1933. In den Verarbeitungen des Stoffs liegt der Fokus meist auf dem «Wir sind wieder wer». «Das Wunder von Bern» (2003) bettet den Sportkrimi in eine nachkriegstypische Heimkehrergeschichte.

Eine solche erzählt auch Rainer Werner Fassbinder. Sein Film «Die Ehe der Maria Braun» (1979) zeigt das versehrte Kriegsanfänger- und Kriegsverliererland, das ökonomisch weit schneller wieder auf die Beine kommt als moralisch. In der Schlussszene überschlagen sich die Ereignisse. War es Absicht, ist es Zufall? Jedenfalls bringt Maria Braun durch das Anzünden einer Zigarette bei strömendem Küchengas die ganze Wirtschaftswunderwelt zur Explosion. Dazu schreit der Original-Radioreporterton: «Aus dem Hintergrund müsste Rahn schiessen – Rahn schiesst! – Toor! Toor! Toor!»

Auch der versuchte Mord an Trump war ein Knall. Na bravo. Genau das ist es, was die Welt – eh schon in Schieflage – braucht: milchgesichtige Jungmänner, die sich von Papi mal eben das Schiessgewehr borgen, um, ich kann's nicht mehr hören, Geschichte zu schreiben. Aber mit Wahlprognosen halte ich mich hier zurück. Die Grenzen meiner seherischen Fähigkeiten haben sich soeben im belegschaftsinternen EM-Tippspiel erwiesen. Ich bin dort Letzter geworden.



Saubere Sache: 20 Jahre Reinigungs-GAV.

Salamitaktik: Mieterfeindliche Vorlagen.

Reinigungs-GAV: Das Ziel stimmt

Vor 20 Jahren ist der erste allgemeinverbindliche GAV für die Reinigungsbranche in der Deutschschweiz in Kraft getreten. Die Gewerkschaften Unia, VPOD und Syna und der Arbeitgeberverband Allpura ziehen positive Bilanz, auch wenn es in der Branche noch Luft nach oben gibt. Zu den Errungenschaften des GAV gehören eine deutliche Lohnsteigerung und die Erfassung der realen Zeit einschliesslich Reisezeit. Auch der Zugang zu Weiterbildungs- und Sprachkursen wurde verbessert. Der geltende GAV läuft Ende 2025 aus; die Neuverhandlung soll weitere Verbesserungen bringen, denn die Löhne in der Branche sind immer noch tief (aktueller Mindestlohn: 20.80 Franken/Stunde). | *pd/slt (Foto: matsperssono/iStock)*

Unia-Umfrage: Lehre ist Stress

Eine Umfrage der Gewerkschaft Unia unter 1100 Lernenden stellt Stress, Erschöpfung, Diskriminierungserfahrungen und Rassismus fest. Stress am Arbeitsplatz wird beispielsweise von 53 Prozent der Antwortenden «oft» oder «immer» empfunden; Erschöpfung gar von zwei Dritteln. Dass sie sexuelle Belästigung erlebt hätten, sagen 28 Prozent der weiblichen und 8 Prozent der männlichen Lernenden. Nicht übermittelt wird in der Zusammenfassung durch die Unia ein positiver Befund: 24 Prozent bezeichnen ihre Zufriedenheit mit der Ausbildung als «sehr gut», 40 Prozent mit «gut». Total unzufrieden sind nur 9 Prozent der Lernenden. | *unia/slt*

Revision mit Nebenwirkungen: Nein zu EFAS

Der Abstimmungstermin für EFAS steht: Am 24. November kann sich die Stimmbevölkerung zu diesem Umbau äussern, der im Parlament ohne grösseren Wellenschlag durchgekommen ist. Das Referendum war vom VPOD praktisch allein gestemmt worden. Inzwischen klären sich die Fronten: EFAS wird von Schwergewichten aus der Privatwirtschaft (Curafutura, Interpharma, Economiesuisse) befürwortet. Der VPOD warnt vor der zusätzlichen Macht für die Krankenkassen: Sie werden neben den Prämien auch noch Milliarden an Steuergeldern verwalten. Bedenklich ist auch der Ausstieg der Kantone aus der Verantwortung für die Alterspflege. Die Kampagne startet nach den Sommerferien (siehe Seite 24). | *vpod*

Doppeltes Nein zu den Mietrechtsvorlagen

Am 24. November kommen auch zwei Mietrechtsvorlagen an die Urne, gegen welche der Mieterinnen- und Mieterverband (MV) das Referendum eingebracht hat. Aus seiner Sicht handelt es sich um einen Frontalangriff der Immobilienlobby auf den Kündigungsschutz. Zwei wuchtige Nein sind auch das beste Rezept gegen die weiteren Pläne der Hausbesitzenden. Ein ihnen höriges Parlament hat leider darauf verzichtet, die verschiedenen Vorlagen in einem Gesamtpaket zu bündeln. Aufgrund dieser «unschweizerischen Salamitaktik» muss der MV jeden Angriff einzeln mit einem teuren Referendum bekämpfen. | *mv (Foto: ClaudioStocco/iStock)*

SportX: Unia verlangt Garantien

Die Migros hält Ausverkauf; einen Teil der SportX-Filialen übernimmt die Dosenbach-Ochsner-Gruppe. Zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen herrscht Schweigen. Die Unia befürchtet das Schlimmste: Der Schuhhandel ist für Tieflöhne berüchtigt. Die Migros betrachtet bisher einen Lohnverlust von 10 Prozent als zumutbar. Wer die neue Stelle deshalb ablehnt, verliert die Leistungen aus dem Sozialplan. Die Unia drängt den orangen Riesen zu einem kulanteren Regime. | *unia/slt*

Gastro-Mindestlohn: Schiedsgericht entscheidet

Die Verhandlungen über eine Anpassung der Mindestlöhne im Gastgewerbe für das Jahr 2025 sind gescheitert. Die Arbeitnehmendenverbände ziehen unter Verweis auf die gute Konjunktur vors Schiedsgericht: «Dem Gastgewerbe geht es wirtschaftlich hervorragend, man befindet sich längst auf dem Vor-Pandemie-Niveau.» Dass die Arbeitgeberverbände zu einer Anhebung nicht bereit sind, ist für die Gewerkschaften «unverständlich». | *unia/slt*

Die Schweizerische Post wird 175 Jahre alt

Rossini und das Restmonopol

Eine Säule des Schweizer Service public feiert eindreiviertel Jahrhunderte: Im jungen Bundesstaat kam der Post eine staatsbildende Rolle zu. Ein kleiner Rest des Monopols ist ihr geblieben. Eine weitere Besonderheit der schweizerischen Post: Personen- und Warenlogistik sind unter einem Dach. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Ikiwaner/Wikimedia CC)*

Die Schweiz ein Sonderfall? Was die Liberalisierung gewisser Dienstleistungen angeht, schon: So ist in der EU der Postmarkt seit 2013 vollständig freigegeben. Die Schweiz hat das Postmonopol zwar schrittweise verkleinert, aber nie aufgegeben. Zuerst, 1998, wurden Pakete über 2 Kilogramm freigegeben, 2004 fiel das Paketmonopol vollständig. Das Briefmonopol sank zuletzt 2009 auf 50 Gramm. Dort ist es seither verblieben. Das ärgert zum einen die Adam-Smith-Apologeten von Avenir Suisse. Aber nicht nur die: Auf der anderen Seite sehen die Anhängerinnen einer neoklassischen Wirtschaftslehre den Markt überhaupt als ungeeignet an für Aufgaben, die eine nicht beliebig multiplizierbare Infrastruktur erfordern. Etwas konkreter: Wenn die Lieferwagen von DPD, Fedex, UPS und Konsorten zweireihig die Strassen verstopfen, während ihre Fahrer am Existenzminimum darben, läuft etwas schief.

Flächendeckende Versorgung: Postbriefkasten in Oberarnegg.

Eingriff des Staates

Eine andere Frage sind die Besitzverhältnisse: So wie die Post zu 100 Prozent der Eidgenossenschaft gehört, sind auch in anderen Ländern die traditionellen Unternehmen in staatlicher Hand verblieben. Etwa auch in Schweden und in Dänemark, wo gleichzeitig der Service völlig liberalisiert ist. Österreich hält noch 53, Deutschland 16 Prozent am historischen Anbieter.

Die Anfänge der Post zeigen, dass der Eingriff des Staates – hier: des jungen Bundesstaates – notwendig war, um kleinteilige Zettelwirtschaft in einen übergreifenden Dienst zu überführen. «Um 1840 teilten sich 17 Postverwaltungen das Gebiet der Schweiz, was den Posttransport langsam und teuer machte», heisst es im Historischen Lexikon HLS. Die Einführung kantonaler Briefmarken erlaubte es, das Porto bereits bei der Aufgabe des Briefes einzuziehen statt erst bei der Zustellung. Der noch grössere Fortschritt war die Vereinheitlichung unter eidgenössischer Ägide.

Spezifisch an der Schweizerischen Post: Sie hält noch immer beide Zweige – die Waren- und die Personenlogistik – unter ihrem Dach. Von 1920 bis 1998 gehörten Telefonie und Telegrafie ebenfalls dazu. Die damalige PTT war 1992 mit 64 000 Beschäftigten der grösste Arbeitgeber der Schweiz. Beim Auseinanderfallen bewahrte man immerhin die Farbe, die von je für Postkutsche und Postauto verwendet wurde. Seit 1939 (erst!) sind auch die Briefkästen in jenem Gelb, das seit 2002 vom Institut für Geistiges Eigentum als Post-Marke gehütet wird (neben Nivea-Blau und Ovomaltine-Orange).

Wilhelm Tell lässt grüssen

Auch eine akustische Marke ist mit der Post verbunden: Das Hornsignal, mit dem sich das Postauto ankündigt, entstammt der Rossini-Oper «Wilhelm Tell». Es wird seit 100 Jahren (und theoretisch nur auf ausgeschilderten Bergpoststrassen) geblasen. Schon vorher – etwa mit dem Bau repräsentativer Postgebäude – war die Post ein zentrales, staatsbildendes und identitätsstiftendes Element im schweizerischen Bundesstaat. Sollte das Bröckeln von Poststellen auch ein Bröckeln des letzteren bedeuten?

Von Veptuza zur Syndicom

Die gewerkschaftliche Organisation der Postangestellten reicht ins 19. Jahrhundert zurück; einen ersten nationalen Zusammenschluss gab es unter dem schönen Namen Veptuza (Verband eidgenössischer Post-, Telegraphen- und Zollangestellter), dann entfernte sich mit den Zöllnern das Z. Ab 1950 nannte sich die Gewerkschaft PTT-Union; sie ging 1998 in der Gewerkschaft Kommunikation auf. Eine weitere Fusion ergab die heutige Syndicom. Diese vermeldete jüngst eine gute Lohnrunde mit 1,7 Prozent Zuwachs für die rund 28000 Beschäftigten unterm GAV. Probleme gibt's an den Rändern: So gilt etwa für Postlogistics ein schlechterer Vertrag (mit nur 4 bis 5 Wochen Ferien statt 6 im GAV Post). | *slt*

Am 22. September stimmen wir über eine Revision der zweiten Säule der Altersvorsorge ab

Völlig falsch gestrickt: Nein zum BVG-

Die BVG-Reform, die im September zur Abstimmung kommt, ist eine abstruse Vorlage. Schon die handwerklichen Mängel der Vorlage reichen für ein Nein; es gibt aber auch inhaltliche Gründe: Die Reform produziert Verlierer. Und Verliererinnen. | **Text:** *Jordi Serra, VPOD-Zentralsekretär und Präsident PK-Netz* *(Foto: Annafrieda/photocase und JXC80/iStock)*

Verstrickt und zugenäht: Die BVG-Reform ist handwerklich unsorgfältig und inhaltlich fragwürdig – prompt führt sie zu Absurditäten.

Wer hat den Durchblick bei der BVG-Reform, über die wir am 22. September abstimmen? Wohl die wenigsten. Selbst in seriösen Medien wie der Tagesschau des Deutschschweizer Fernsehens werden Begriffe wie Eintrittsschwelle und Koordinationsabzug verwechselt. Hört man sich die Politikerinnen und Politiker an, die ja das Ganze angerichtet haben, wird es noch gespenstischer. Hier der Versuch einer Erklärung – der Vorlage selbst, aber auch des Neins dazu.

Ähnlich wie bei den Krankenkassen gibt es im BVG ein gesetzliches Obligatorium und ein (freiwilliges) Überobligatorium. Viele, vor allem grössere Arbeitgeber (private wie öffentlich-rechtliche) haben für ihre Arbeitnehmenden eine firmeneigene Pensionskasse. Diese sogenannt autonomen Pensionskassen bieten zum Teil weit überobligatorische Leistungen an und sind von den meisten der geplanten Änderungen weniger betroffen. Aber teilweise eben dennoch. Viele KMU haben hingegen keine eigene Pensionskasse; sie versichern ihre Leute oft in Sammeleinrichtungen (zum Beispiel der Privatassekuranz: Swiss Life, Axa, Baloise usw.). Und in diesen Kassen decken viele Vorsorgepläne nur gerade ab, was Vorschrift ist, oder gehen nur geringfügig darüber hinaus. Diese Unterscheidung ist wichtig, wenn es um die Frage geht, welche Versicherten und welche Kassen von der Reform betroffen sind.

Keine allgemeingültige Aussage

Wie wirken sich die geplanten Massnahmen auf die verschiedenen Kassen aus? Die Senkung des Umwandlungssatzes und die Änderung der Lohnbeiträge gelten bei den rein obligatorischen Vorsorgeplänen unmittelbar und eins zu eins. Pro 100 000 Franken Alterskapital gibt es mit dem alten Umwandlungssatz 6800 Franken Rente im Jahr, mit dem neuen nur noch 6000. Die Senkung der Eintrittsschwelle betrifft alle Kassen. Und der neue Koordinationsabzug hätte bei den obligatorischen Vorsorgeplänen einen unmittelbaren Einfluss, bei überobligatorischen nur teilweise.

Und was heisst das für die einzelnen Versicherten? Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat eine Tabelle publiziert, welche die Absurdität der Reform bestens illustriert: Die Frage, wer mehr, wer weniger einzahlen muss und wer eine höhere und wer eine tiefere Rente erhalten wird, ist abhängig von Alter, Lohnhöhe und Sparguthaben. Einen roten Faden sucht man aber vergebens. Entsprechend sagt ein Sprecher des BSV: «Wie sich die Reform genau auswirken würde, lässt sich nicht allgemeingültig feststellen.» *(SonntagsBlick,* 7.7.2024). Die Folgen für die einzelnen Versicherten sind kaum nachvollziehbar und letztlich willkürlich. Kombiniert werden höhere Beiträge mit höheren Renten, höhere Beiträge mit tieferen Renten, tiefere Beiträge mit tieferen Renten.

Tendenziell muss man ab einem Alter von 45 und bei einem Einkommen von 70 000 Franken aufwärts mit höheren Beiträgen und tieferen Renten rechnen. Ob dann am Schluss die Rentenkürzung – weil man zur Übergangsgeneration gehört – durch einen Rentenzuschlag ganz oder teilweise kompensiert wird, ist ungewiss. All diese Verwerfungen gelten in erster Linie für Versicherte im Obligatorium. In den überobligatorischen, umhüllenden Kassen sind die Folgen viel geringer. Diese Kassen erheben viel höhere Lohnbeiträge, haben vielleicht eine andere, meist höhere Verzinsung und vor allem viel tiefere Umwandlungssätze (von teilweise unter 5 Prozent).

Gretchenfrage ohne Antwort

Sind also Versicherte in überobligatorischen Kassen nicht betroffen? Nur gerade 15 Prozent der Erwerbstätigen sind im Minimum, also ausschliesslich obligatorisch versichert. Darüber hinaus verfügen aber weitere rund 15 Prozent nur über einen kleinen überobligatorischen Anteil, so dass auch sie von der Reform erfasst werden können. Gerade

Bschiss!

Übergangsgeneration	Vorsorgeguthaben bis Fr. 220 500.–	Vorsorgeguthaben zwischen Fr. 220 500.– und Fr. 441 000.–	Vorsorgeguthaben ab Fr. 441 000.–
5 erste Jahrgänge	Fr. 200.– pro Monat	degressiv gestaffelter Betrag	0.–
5 nächste Jahrgänge	Fr. 150.– pro Monat		0.–
5 letzte Jahrgänge	Fr. 100.– pro Monat		0.–
	Etwa 25% der Versicherten in der Übergangsgeneration	Etwa 25% der Versicherten in der Übergangsgeneration	Etwa 50% der Versicherten in der Übergangsgeneration

Der Rentenzuschlag ist an Bedingungen geknüpft, u. a. 15 Jahre Versicherung, mindestens 50% Rente, Mindestalter Vorbezug AHV-Altersrente erreicht. Zuschläge gibt es auch für die IV. (Quelle: BSV)

für Junge und für Wenigverdienende kann es sein, dass das neue Obligatorium mehr kostet als viele Regelungen im überobligatorischen Bereich. Grund: der neue Koordinationsabzug. Eine Gretchenfrage, auf die es in der Vorlage keine Antwort gibt, ist die folgende: Was soll die massive Verteuerung der Sparprämien im Tieflohnbereich, wenn am Schluss die dadurch etwas höhere Rente wieder um den gleichen Betrag bei den Ergänzungsleistungen gekürzt wird? Das ist weder sozial noch effektiv, sondern schlicht doof.

Ein wenig müssen wir uns da an der eigenen Nase nehmen: Wir Gewerkschaften fordern seit Jahren eine Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordinationsabzugs oder gar dessen Abschaffung, damit Wenigverdienende auch zu einer Rente aus der zweiten Säule kommen. Das ist gut gemeint, aber letztlich ineffizient und ineffektiv oder mit anderen Worten: teuer und unwirksam. Die Verwaltung von kleinen Altersguthaben, bei denen monatlich nur wenig mehr als 100 Franken dazukommen, ist unverhältnismässig aufwendig.

	aktuell	neu
Eintrittsschwelle	22 050	19 845
Koordinationsabzug	25 725	20% des AHV-Einkommens bis 88 200
! Umwandlungssatz	6,8%	6,0%
Lohnbeiträge		
25–34	7%	9%
35–44	10%	9%
45–54	15%	14%
55–65	18%	14%

Gerade in den Sammeleinrichtungen der Privatassekuranz, wo viele Vorsorgepläne ganz im oder nahe beim obligatorischen Minimum sind, sind die «Nebenkosten» (Risikoprämien, Verwaltungsbeiträge usw.) ohnehin schon exorbitant hoch. Gemäss Studie der Swisscanto betrugen 2023 allein die Versichertenverwaltungskosten pro versicherte Person über 400 Franken pro Jahr! Wenn dann noch – wie erwähnt – die Ergänzungsleistungen um den Betrag der später erzielten Rentenerhöhung herabgesetzt werden, ist das Ganze vollends ad absurdum geführt. Und das ist es genau, was diese Reform mit dem gesamten BVG macht: Sie führt es ad absurdum!

Mehr zahlen, weniger Rente

Sogar die *NZZ*, die selbstredend die Reform befürwortet, hat zumindest erkannt, dass die Reform Verliererinnen und Verlierer produziert: «Personen unter 50 Jahren, deren Pensionskasse praktisch nur das gesetzliche Minimum abdeckt und die während ihrer ganzen Laufbahn 65 000 bis 80 000 Franken im Jahr verdienen. In solchen Konstellationen kann es sein, dass ein Angestellter zusammen mit seinem Arbeitgeber bis zur Pensionierung etwa 4600 Franken mehr einzahlen muss als heute. Die Rente fiele danach aber um 130 Franken im Monat tiefer aus (Beispiel für 50-Jährige mit 70 000 Franken Lohn).» *(NZZ, 3.7.2024)*. Die Erklärung dazu ist dürftig: «Dies ist die Folge davon, dass die Reform die Querfinanzierung von jüngeren zu älteren Versicherten reduzieren soll.»

Die Querfinanzierung von Jung zu Alt findet entweder generell oder eben generell *nicht* statt. Aber sicher nicht isoliert in einer bestimmten Alters- und Lohngruppe. Die absurden Ergebnisse sind die Folge der nicht durchdachten, willkürlichen oder zufälligen Änderung aller BVG-Parameter (Koordinationsabzug, Beitragssätze, Umwandlungssatz). Was soll ein 55-jähriger Versicherter denken, der die letzten 30 Jahre gemäss bisheriger Beitragsstaffelung (7 Prozent, 10 Prozent, 15 Prozent) einbezahlt hat? Er hätte für die letzten 10 Jahre eigentlich 18 Prozent einzahlen müssen, aber wegen der Reform werden es nur 14 Prozent sein. Seine Rente wird entsprechend schmaler.

Fachlich nachgerade abstrus

Das Parlament hat zusammen mit dem BSV (so muss man annehmen) eine miserable Arbeit geleistet. Die BVG-Reform ist fachlich so daneben, dass selbst die Kammer der PK-Experten (grossmehrheitlich sicher bürgerlich wählend) dagegen antritt. Der Vorwurf, die Gewerkschaften würden das BVG schlechtreden (um die AHV zu stärken), geht dagegen ins Leere, solange das Parlament solche abstrusen Vorlagen bringt. Diese schaden dem BVG viel mehr. Schlicht skandalös ist die Haltung des Pensionskassenverbandes (ASIP). Dieser sollte ja die In-

teressen der Pensionskassen vertreten. In dieser Frage tut er es definitiv nicht. Wider besseres Wissen und entgegen der Haltung der allermeisten Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer von Pensionskassen hat der ASIP die Ja-Parole ausgegeben – ein Verband notabene, der sich über Mitgliederbeiträge der Pensionskassen und damit letztlich auch mit Geld der Versicherten finanziert.

Ist das BVG zu kompliziert? Kann es deswegen überhaupt nicht mehr reformiert werden? So kann man das nicht sagen. Eine gute Reform orientiert sich an den mehrfach erwähnten autonomen (überobligatorischen) Kassen. Sie haben ihre Umwandlungssätze in der Vergangenheit zum Teil massiv gesenkt – trotzdem blieben die Nebengeräusche gering. Und zwar, weil sie nicht personenbezogen, sondern ganz mechanisch vorgegangen sind. Wenn der Umwandlungssatz gesenkt werden muss, müssen eben die entsprechenden Altersguthaben und die Lohnbeiträge entsprechend erhöht werden. Eine Senkung von 6,8 auf 6 Prozent entspricht einer Rentenkürzung um 12 Prozent. Um das aufzufangen, müssen die Altersguthaben bei Pensionierung um 12 Prozent höher sein, und also braucht es auch eine Anpassung bei den Beiträgen. Wenn das zu teuer ist, muss man in kleineren Schritten vorgehen. Entsprechend fallen auch die Zuschläge auf den Altersguthaben dann geringer aus bzw. nehmen über die Zeit ab.

Es wird das Beste sein, nochmals ganz vorne anzufangen. Die Strickerin nennt es «Maschenprobe».

Die vorliegende Reform ist völlig falsch gestrickt, und sie bringt nichts ausser Chaos. Es gibt daher am 22. September nur eine Antwort: Nein!

Was die Reform will – und wie sie wirkt

Das wichtigste Anliegen der befürwortenden Seite ist die Senkung des **gesetzlichen Mindestumwandlungssatzes von heute 6,8 auf 6 Prozent** – vor allem aufgrund der steigenden Lebenserwartung. Dieser Beschluss – er gilt nur fürs Obligatorium – hätte eine Rentenkürzung von 12 Prozent zur Folge.

Um das Ganze ein wenig abzufedern und im Wissen, dass eine nackte Leistungskürzung kein Volksmehr findet, hat das Parlament für die ersten 15 Jahrgänge nach Inkraftsetzung der Reform – d. h. für die 50- bis 65-Jährigen – **abgestufte Rentenzuschläge** definiert. Finanziert werden diese Zuschläge über einen Beitragssatz von im ersten Jahr 0,24 Prozent der versicherten Löhne. In den Folgejahren legt der Bundesrat den Beitragssatz fest. Die Pensionskassen können diese Beiträge selber bezahlen oder von ihren Versicherten und den Arbeitgebern einfordern.

Einen solchen Zuschlag erhält, wer – unabhängig davon, ob obligatorisch oder überobligatorisch versichert – bei Pensionierung ein Altersguthaben von weniger als 441 000 Franken hat. Gemäss Schätzungen des BSV wird ein Viertel der Übergangsgeneration den vollen Rentenzuschlag erhalten, ein weiteres Viertel einen reduzierten. Die Hälfte der Versicherten geht leer aus. Besonders stossend: 400 000 Versicherte können mit einem Zuschlag rechnen, obwohl sie von der Reform nicht betroffen sind und ihre zukünftige Rente gar nicht sinkt, während 170 000 Versicherte wegen des tieferen Umwandlungssatzes mit tieferen Renten rechnen müssen und trotzdem keinen Zuschlag erhalten.

Und wer bei der Inkraftsetzung noch nicht 50-jährig ist, bekommt so oder so keinen Zuschlag mehr. Neben dem Mindestalter müssen noch weitere Bedingungen erfüllt sein, z. B. muss man mindestens 10 Jahre vor der Pensionierung ununterbrochen in der AHV versichert sein. Der Bundesrat wird in der Verordnung noch festlegen müssen, wie bei Kapitalbezügen (zum Beispiel zur Finanzierung von Wohneigentum), bei Einkäufen aus Scheidung oder bei mehreren Versicherungsverhältnissen zu verfahren ist.

Als ob das nicht schon kompliziert genug wäre, hat das Parlament darüber hinaus auch alle anderen BVG-Parameter auf den Kopf gestellt. Kein Stein blieb auf dem anderen:

Die **Eintrittsschwelle** definiert, ab welchem Lohn man BVG-versichert wird. Sie wurde von 22 050 auf 19 845 Franken gesenkt, so dass inskünftig mehr Versicherte ins BVG kämen.

Der **Koordinationsabzug** (merke: AHV-Lohn minus Koordinationsabzug gleich versicherter Lohn) wird statt wie bisher fix neu in Prozenten des AHV-Lohns festgelegt. Und zwar mit 20 Prozent. Bei tiefen Löhnen führt dieser Wegfall eines unversicherten Sockels zu krassen Effekten: Wer einen AHV-Jahreslohn von 40 000 Franken erzielt, hat aktuell einen versicherten Lohn von 14 275 Franken. Neu wären es 32 000 Franken. Bei gleichbleibendem oder ähnlichem Beitragssatz für die Lohnabzüge vervielfachen sich diese schnell einmal. Es ist nicht anzunehmen, dass Wenigverdienende darauf erpicht sind, doppelt-, drei- und viermal mehr in die Pensionskasse einzuzahlen. Aber genau das wäre die Folge.

Schliesslich sollen auch die **Lohnbeitragssätze** – gilt nur fürs Obligatorium – angepasst, d. h. über die Erwerbskarriere hinweg geglättet werden: Die Jungen sollen prozentual mehr, die Älteren weniger bezahlen. Das hehre Ziel dabei: eine Verbesserung der Chancen für die bisher zu «teuren» Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Aber die Folgen im Einzelfall sind massiv: Ein 55-Jähriger, der die letzten drei Jahrzehnte nach bisherigem System einbezahlt hat, wird auf den letzten 10 Jahren der Berufstätigkeit plötzlich viel weniger einzahlen müssen als eigentlich angenommen. Das mag auf den ersten Blick sympathisch sein; es führt aber zu erheblichen Renteneinbussen. | *js*

Neuer IGB-Index: Das Klima wird beinahe weltweit gewerkschaftsfeindlicher

Die Schweiz steigt ab

Der Index über die Gewerkschaftsfreiheit, die der Internationale Gewerkschaftsbund IGB jährlich publiziert, zeigt seit Jahren eine Abwärtstendenz: Die Rechte der Lohnabhängigen werden fast überall geschwächt. In der neuesten Edition steigt auch die Schweiz ab. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Keystone)*

Protest von Textilarbeitern in Dhaka: Bangladesch gehört zu den Ländern mit dem schlechtesten Gewerkschaftsrechte-Rating.

Der globale Rechtsindex des IGB zeigt, wie es um die Arbeitnehmerrechte weltweit bestellt ist. Das Ranking leitet sich aus den ILO-Konventionen ab; jedes Land wird auf dieser Basis in eine von 5 Kategorien eingeteilt. Kategorie 1 («Sporadische Rechtsverletzungen») bedeutet, dass die kollektiven Rechte im Allgemeinen gewährleistet sind und sich die Beschäftigten frei zusammenschliessen können. Die schlechteste Kategorie ist zweigeteilt. Unter 5+ findet man jene Staaten, in denen es keine Gewerkschaftsrechte gibt, weil es keinen funktionierenden Staat (mehr) gibt (aktuell: Afghanistan, Burundi, Haiti, Jemen, Libyen, Myanmar, Palästina, Somalia, der Sudan, der Südsudan, Syrien und die Zentralafrikanische Republik). In der «normalen» Kategorie 5 («Keine Garantie für Rechte») sind unter anderen Ägypten, Bangladesch, Belarus, die Philippinen, Tunesien und die Türkei eingereiht.

«Schlagendes Herz»

151 Länder sind gelistet. In der ersten Liga spielen gerade einmal 8, nämlich Dänemark, Deutschland, Irland, Island, Italien, Norwegen, Österreich und Schweden. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass sich der Index seit Jahren in einer deutlichen Abwärtsbewegung befindet. «Trotz einiger bescheidener Verbesserungen zeigt das Gesamtbild doch einen unerbittlichen Angriff auf die Interessen arbeitender Menschen», stellt etwa IGB-Generalsekretär Luc Triangle fest. Für ihn ist damit auch die Demokratie als solche bedroht: «Die Beschäftigten sind das schlagende Herz der Demokratie, und ihr Recht darauf, gehört zu werden, ist unverzichtbar für gesunde und nachhaltige demokratische Systeme.»

Die Verschlimmerung ist auch daran ersichtlich, dass diesmal 13 Länder schlechter eingestuft wurden als im Vorjahr, während sich lediglich 2 Länder verbessern konnten. Letztere sind Brasilien (von Stufe 5 auf 4) und Rumänien (von 4 auf 3); dort – siehe Dossier, Seiten 13ff. – schlägt die Rücknahme einer arbeitnehmerfeindlichen Hürde für nationale Gesamtarbeitsverträge zu Buche. Im Aufstieg Brasiliens spiegelt sich das Ende des autoritären Bolsonaro-Regimes.

Wohl gilt auch gemäss dem neuesten Index die Region Nahost/Nordafrika als gewerkschaftsfeindlichste der Welt (Durchschnittsrating: 4,74). Die stärkste Verschlechterung des letzten Jahrzehnts ist allerdings in Europa eingetreten, dessen durchschnittliche Einstufung sich von 1,84 im Jahr 2014 auf 2,73 im aktuellen Index geschraubt hat. Zu den Absteigern gehört auch die Schweiz, die jetzt ebenfalls in der Stufe 3 geführt wird. Grund ist der seit Jahren unzureichende Schutz vor missbräuchlicher antigewerkschaftlicher Kündigung; unmittelbarer Anlass für die Abwertung ist die Aussetzung einer tripartiten Mediation durch den Bundesrat. Darin hätten sich die Sozialpartner auf eine Wiederherstellung der ILO-Kompatibilität verständigen sollen, die derzeit nicht gegeben ist, weil man in der Schweiz gewählte Personalvertreterinnen und -vertreter fast ungestraft feuern darf.

Mediation wieder aufnehmen!

Zwar steht in Art. 336 Abs. 2 lit. b des Obligationenrechts nach wie vor, dass eine Kündigung missbräuchlich ist, «während der Arbeitnehmer gewählter Arbeitnehmervertreter in einer betrieblichen oder in einer dem Unternehmen angeschlossenen Einrichtung ist, und der Arbeitgeber nicht beweisen kann, dass er einen begründeten Anlass zur Kündigung hatte». Dieser «begründete Anlass» ist aber durch die Rechtsprechung ausgehöhlt und ad absurdum geführt worden. Anerkannt werden unter diesem Titel auch wirtschaftliche Gründe, für die der Arbeitgeber noch nicht einmal Beweise vorlegen muss. Die maximale Entschädigung – 6 Monatslöhne – zahlt ein grosses Unternehmen aus der Portokasse. Der SGB fordert die sofortige Wiederaufnahme der Mediation.

Zürich: 23 Kleinbusse, 175 000 Behinderten-Transporte.

Einsiedeln: 1 Welttheater, 0 Geburtsabteilungen.

UPD Bern: Abbau gemildert

Die im Januar von der Leitung der Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) angekündigten Abbaumassnahmen sind nur zum Teil Realität geworden – unter anderem wegen der vom VPOD lancierten Petition. Anfang Jahr war die Rede von der sofortigen Einstellung mehrerer Angebote für Menschen mit psychischen Krankheiten und deren Angehörige. Die Empörung war enorm: 6571 Unterschriften dagegen kamen im Nu zusammen. Auch politische Vorstösse wurden lanciert. Ein halbes Jahr später zieht der VPOD vorsichtig positive Bilanz. Zwar ist zum Beispiel das «Metro» (ein niederschwelliges Freizeitangebot für Erwachsene mit Psychiatrieerfahrung) aktuell geschlossen; es soll aber – als Verein strukturiert – bald wieder aufgehen. Auch bei den Sozialarbeitenden wurde der Abbau nicht so heiss gegessen; letztlich fielen nur 2,5 (statt falsch berechnete 11) Stellen weg. | *vpod*

GAV-Revision bei Behinderten-Transporten

Ein Jahrzehnt ist vergangen seit der letzten Revision des GAV, den der VPOD mit der Stiftung Behinderten-Transporte Zürich BTZ unterhält. Die Organisation bietet einen Taxidienst für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen; über 50 Beschäftigte fahren jährlich mit 23 Kleinbussen 175 000 Transporte. Bei der Neuverhandlung drängt der VPOD auf eine Angleichung an die Arbeitsbedingungen der Stadt Zürich. Speziell vor dem Hintergrund der Behindertenrechtskonvention erbringen die BTZ eine genuin öffentliche Dienstleistung; es gibt keinen Grund, warum sich die Bedingungen dort negativ von jenen bei der Stadt abheben sollten. | *vpod (Foto: BTZ)*

PH FHNW: An der Musik sparen?

Der VPOD Aargau Solothurn nimmt scharf Stellung gegen die geplanten Kürzungen im Musikunterricht an der Pädagogischen Hochschule der FHNW. Ab Herbst soll der Instrumentalunterricht dort um fast die Hälfte reduziert und vom Einzel- auf sogenannten Tandemunterricht umgestellt werden – eine reine Sparmassnahme. «Eine gute Ausbildung erfordert angemessene Ressourcen», sagt Dariyusch Pour Mohsen, VPOD-Regionalsekretär. Ausserdem sei die Wirksamkeit des angestrebten Tandemunterrichts unbewiesen. Mit einer Resolution, die bereits von fast 1000 Personen unterschrieben ist, verlangt der VPOD die Rücknahme des verfehlten Entscheids. | *vpod*

Zürich: Bildungsdirektion verkennt die Lage

Was die Bildungsdirektion des Kantons Zürich zur Anpassung des neuen Berufsauftrags an der Volksschule vorschlägt, findet der VPOD wörtlich «schockierend». Offenbar herrscht die Vorstellung, dass die Schule weiterhin auf der Gratisarbeit von beliebig strapazierbaren Lehrkräften basieren soll. Am Kern der Probleme zielt der Vorschlag vorbei. Beispiel Überadministration: Dafür ist ganz gewiss nicht die Erfassung der Arbeitszeit verantwortlich, die jetzt abgeschafft werden soll, sondern die endlose Zahl von Listen, Tabellen und Systemen, die mit Daten gefüttert werden wollen. «Das System Schule braucht grundlegende Verbesserungen und keine weiteren halbherzigen Anpassungen», kommentiert der VPOD. Er ist besonders enttäuscht, dass die grosse Bildungsdemo von neulich offenbar kein Umdenken bewirkt hat. | *vpod*

Einsiedeln: Geburtenstopp zum Welttheater

Ausgerechnet am Tag der Premiere des Grossen Welttheaters hat die private Ameos-Gruppe die Schliessung der Einsiedler Geburtsabteilung angekündigt. Der VPOD ist bestürzt, weil damit ein für das Selbstverständnis der Region Einsiedeln-Ybrig wichtiges Angebot verloren geht. Den Fachkräftemangel, den Ameos als Begründung angibt, zieht er zwar nicht in Zweifel. Aber er betont, dass gerade in solchen Zeiten auch attraktive Arbeitsbedingungen, konkurrenzfähige Löhne und ein gutes Arbeitsklima matchentscheidende Faktoren sind. Die Ameos-Gruppe sei als Arbeitgeberin jetzt gefordert, stellt der VPOD fest. | *vpod (Foto: Keystone)*

Sommerkino: «Zwei zu eins» ist eine gelungene Tragikomödie über den Untergang des realexistierenden Sozialismus

Ist das Geld, oder kann das weg?

Mit dem Tausch von geklauten Ost-Mark-Scheinen, die zur Verrottung bestimmt sind, versucht eine DDR-Hausgemeinschaft kurz vor der Währungsunion dem Lauf der Wende einen anderen Dreh zu verpassen. Die Figuren sind zwar teilweise am Rand zur Karikatur, aber eindrücklich gezeichnet. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Peter Hartwig/Filmcoopi)*

Knietief im Geld: Sandra Hüller, Ronald Zehrfeld und Max Riemelt (v.l.) in «Zwei zu eins».

Der Unterschied zwischen Klopapier und einer Banknote ist geringer, als man denkt. Denn Papier ist geduldig, und die Verkörperung eines bestimmten Wertes ist dem Geldschein bloss kraft Übereinkunft zugewiesen. Aber wehe, es herrscht Inflation. Oder es geht gar, wie in «Zwei zu eins», eine ganze Nation den Bach hinunter.

Zwinkernder Marx

Als die DDR in ihren letzten Zügen lag, wurden tatsächlich grosse Bestände von DDR-Banknoten in Erdschächten verbuddelt, nicht vollständig diebstahlgesichert allerdings. Daraus wird bei Natja Brunkhorst (Drehbuch und Regie) eine grosse Wende-Erzählung, in der Trotz und Stolz, Aufbegehren und Resignation wild durcheinanderlaufen. Bruchstückweise enthüllt wird so auch eine Dreiecksbeziehung: Robert (Max Riemelt) und Volker (Ronald Zehrfeld) lieben – «zwei zu eins» – seit je dieselbe Frau, die von der umwerfenden Sandra Hüller mit burschikosem Charme ausgestattete Maren.

Voll fett ist schon mal die Filmgrafik, die virtuos mit Elementen der DDR-Scheine spielt. Lustig flimmern und flirren die banknotentypischen Linien und Ornamente, unvermutet hämmert der Hammer und sichelt die Sichel, und – ha! – hat uns nicht Karl Marx soeben zugezwinkert von seinem Hunderter herunter? Ähnlich witzig ein spezieller Effekt ganz am Ende des Films. Leider werden ihn jene 99 Prozent des Publikums verpassen, die jeweils bereits Anfang Abspann aus dem Saal stürzen.

Zwischen dem 9. November 1989, als die Mauer fiel, und dem 3. Oktober 1990, als der Beitritt vollzogen wurde, ist der 1. Juli 1990 der wichtigste Termin der Wiedervereinigung. Auf jenen Tag trat in der formal immer noch existierenden DDR die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik in Kraft. Die Modalitäten dieses Übergangs entfachten klein- und grosskriminelle Energie. Je nach Alter wurden die ersten 2000, 4000 oder 6000 DDR-Mark zum Kurs von 1:1 umgetauscht, darüberliegende Guthaben mit 2:1. Der reale Kurs lag zu jener Zeit bei 7:1. Die Sonderregelung für «Personen, deren Wohnsitz oder Sitz sich ausserhalb der Deutschen Demokratischen Republik befindet», beschert Olli Dittrich einen bezaubernden Gastauftritt.

Wilde Jagd im Untergrund

Die ganze Hausgemeinschaft einer «Platte» bei Halberstadt nimmt teil am aberwitzigen Versuch, das illegal aus dem Stollen gehobene, bald wertlose Ostgeld noch kurz vor Torschluss zu verwandeln: sei's in wertige Westware, sei's in harte D-Mark. Dabei kommt es zu packenden Verfolgungsszenen im Untergrund und oberirdisch zu slapstickartigen Materialschlachten. Als plötzlich ein 200-Mark-Schein im Spiel ist, den die DDR zwar gedruckt, aber nie in Umlauf gebracht hatte, nimmt die Affäre eine neue Volte, an deren Ende sogar Hans-Dietrich Genscher bemüht werden muss.

Vielleicht gibt der Film etwas allzu bereitwillig allem nach, was Schabernack verspricht; vielleicht fehlt der ganz grosse Bogen. Aber die Persönlichkeiten, die hier zwischen die Systeme fallen, die vom alten verraten und vom neuen schon geknechtet, vom bisherigen ausgelaugt und vom kommenden vorsorglich verhöhnt werden, sind eindrücklich gezeichnet. Auch Peter Kurth, Martin Brambach und Ursula Werner spielen ihre Wendeverlierer zwar hart an der Grenze zur Karikatur, aber mit Würde. Und sie werfen die grossen Fragen in den Raum: Wer sass an Hebeln, die den Lauf der Geschichte verändert hätten? Ein Dialog zwischen Maren und Robert über die Verlogenheit der DDR-Politik bringt die Ambivalenz auf den Punkt: «Das hast du doch immer schon gewusst!» «Aber gehofft hab' ich's anders.»

Zwei zu eins. Deutschland 2024. 116 Minuten. Mit: Sandra Hüller, Max Riemelt, Ronald Zehrfeld u.v.a. Ab 25. Juli im Kino.

Direktzüge: Zürich ok, Genf nicht

Bahnfahren statt Fliegen? Greenpeace hat die Schienen-Vernetzung europäischer Grossstädte untersucht und kommt dabei – nach Analyse von 990 Strecken zwischen 54 Städten – zum bedauerlichen Befund, dass die Bahn, obwohl zigfach klimafreundlicher, fast nirgends konkurrenzfähig ist. Direktzüge gibt es nur auf 12 Prozent der Strecken, Direktflüge aber auf 69 Prozent.

Zu den Städten mit den meisten Direktverbindungen auf der Schiene gehören Wien (17), München (15), Berlin (14), Paris und Zürich (je 13). Genf verfügt nur über 4 Direktverbindungen: nach Lyon, Mailand, Paris und Zürich (wobei wegen Bauarbeiten nach Mailand derzeit kein direkter Zug geht). Auch fährt kein einziger Nachtzug von dort. Auch Zürich hat aber – trotz 9 Nachtzügen – noch Luft nach oben; und das nicht nur, weil die SBB regelmässig mehr Schlafwagenplätze verkaufen als zur Verfügung stehen, was dann zu unschönen Downgrades in den betroffenen Zügen führt (der SRF-Kassensturz hat darüber berichtet).

Nachtzug statt Tagflug? Für die Verkehrswende braucht es bessere Bahnverbindungen zwischen den Metropolen.

Ab Zürich könnten theoretisch 28 Städte mit einer Fahrzeit von weniger als 18 Stunden direkt bedient werden. Tatsächlich stehen nur 13 Städte (46 Prozent) im Fahrplan. Das heisst, es könnten zusätzlich 15 Städte (54 Prozent) direkt angefahren werden. Greenpeace verlangt speziell für Genf einen Ausbau der Bahn mit Direktverbindungen. Wie die Probleme mit den Nachtzügen zeigen, wird das indes kaum über Nacht geschehen, weil die Infrastruktur und insbesondere das Rollmaterial dafür nicht so schnell zur Verfügung stehen.

Die Umweltorganisation fordert ausserdem ein Ende der steuerlichen Privilegierung des Luftverkehrs und mithin die Erhebung von Mineralölsteuern auf grenzübergreifenden Strecken. (Ein weiterer Grund für die unfair niedrigen Flugpreise sind die miserablen Löhne eines Grossteils des Flughafen-Bodenpersonals.) Aus Greenpeace-Sicht liessen sich auch die Buchungsplattformen des Bahnverkehrs noch kundenfreundlicher und einheitlicher gestalten – als eine gemeinsame Ticketplattform aller öffentlichen Bahnen Europas.

| *vpod* *(Foto: BalkansCat/iStock)*

Dragica Rajčić Holzner Von Büchern und Menschen (5)

Zabluda oder der Irrtum

Ihr wisst nicht, was das kroatische Wort *zabluda* bedeutet? Es heisst Irrtum. Seit drei Wochen spukt mir *zabluda* im Kopf herum. Sein Bestandteil *blud* bedeutet Unzucht. Und *blud* erinnert mich immer an eine unrühmliche Geschichte meiner Kindheit. – Als Achtjährige musste ich vor meiner Erstkommunion beichten. Ich zählte all die Dinge auf, die ich schon gegen die Zehn Gebote getan hatte: gelogen, den Hund geschubst, den Bruder beschwindelt, Bonbons versteckt, Essen weggeworfen, Schulnoten verheimlicht. Dann kam mir der Gedanke, mir etwas anderes einfallen zu lassen, damit ich ein bisschen mehr Strafe bekäme und so in Zukunft die eine oder andere Sünde begehen könnte, ohne dass Gott mir das übelnähme.

Hatte keine Zeit zum Nachdenken, und da ich das sechste Gebot *sagriješiti bludno* – die Sünde der Unzucht – nicht verstand (ausser dass man es nicht tun sollte), sagte ich kurzerhand: Ich wurde von einer anderen Frau begehrt, ich machte *blud*. Der Priester, der mich bis dahin ermutigt hatte, meine Missetaten zu bekennen, lachte und fragte, was genau ich getan hätte. Standhaft sagte ich wieder: Ich machte *bludno*. Der Priester gab mir sechs Strafgebete und sagte mir nicht, ob *bludno* damit vergeben sei. Das Wort *zabluda* benutzte ich nie mehr.

Aber was macht man mit einem Wort, das einen wie ein Rabe verfolgt und das man trotz aller Bemühungen nicht aus dem Kopf bekommt? Ich wühlte in meinem Schädel und im Wörterbuch. Dann kam ich nach Leipzig. Ich hatte dort eine Lesung. Vorher war ich beim Friseur.

Musste warten, und eine Frau in meinen Jahren unterhielt sich mit mir. Sie kommt, wie ich, aus einem Ostsystemland, hat Musik studiert, wohnte früher in Süddeutschland; nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges zog sie nach Leipzig und wartet hier auf ihre Mutter und ihren Stiefvater – falls Polen überfallen wird.

Schon bald sagt sie, dass sie ukrainische Flüchtlinge nicht leiden kann, Flüchtlinge, die sich schick anziehen und nicht arbeiten. Feminismus sei hysterisches Getue, im Ostblock waren Frauen doch immer jemand, sie hat auch immer gemacht, was sie wollte, und dieser furchtbare linke Brei. Sogar jemand von der Stadtverwaltung Leipzig hat ihre Meinung bestätigt. Gottseidank wohnen Sie nicht im linken Nest, sagte die Beamtin.

Jetzt kam der Moment, in dem ich ihr sagen wollte, Sie sind im *zabluda*, im Irrtum, Sie reden Bludsinn.

Aber ich habe nichts gesagt, weil ich keine Zeit hatte, das Wort im Kopf zu übersetzen. Während er meine Haare färbte, erzählte mir der Friseur, dass er aus Syrien stammt, dass er mit 13 Jahren mit seinem Onkel nach Deutschland kam, dass er Kurde ist, dass er nach seiner Meisterprüfung den Salon übernehmen konnte.

Seit diesem Morgen in Leipzig hat sich *zabluda* in meinem Kopf ausgebreitet wie ein Giftpilz. Ich sage zu dieser *zabluda*, mir wäre es leichter gewesen zu reden, wenn dort ein rechtsextremer Jugendlicher gewartet hätte, ein kahlrasierter Nazi, und nicht *eine von uns*, die schon wegen ihrer Herkunft und ihrer Kunst doch nicht so sein konnte… und trotzdem so ist. Es spukten unbrauchbare Wörter herum, wie Mehrdeutigkeit, Toleranzraum, Ambiguität. AfD. SVP.

Dann aber betrachtete ich mein schön gerichtetes Haar im Spiegel.

Der 11. EGÖD-Kongress beschliesst ein kämpferisches Aktionsprogramm

Palastresolution

Die Delegation an den EGÖD-Kongress nach Bukarest hat das *VPOD-Magazin* zum Anlass für eine Auslandreportage (Seiten 14ff.) genommen. Die über 300 Delegierten aus 43 Ländern sandten ein starkes Signal: für Frieden und für gute öffentliche Dienste. Neue Präsidentin ist die Französin Françoise Geng. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: egöd)*

Gegen zunehmende Unsicherheit, gegen Krieg und gegen das Erstarken rechtsextremer Parteien in Europa haben die europäischen Service-public-Gewerkschaften einen starken Plan: Am 11. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsverbandes öffentlicher Dienste (EGÖD, englisch: EPSU) wurde ein kämpferisches Aktionsprogramm verabschiedet. Der Kongress fand in der rumänischen Hauptstadt Bukarest statt und brachte rund 500 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, davon über 300 Delegierte, aus 43 Ländern zusammen. Insgesamt waren auf diese Weise mehr als 8 Millionen Beschäftigte im Parlamentspalast in Bukarest vertreten.

Alle mitnehmen

Dass das grotesk riesige Gebäude – angeblich nach dem Pentagon das zweitgrösste der Welt – im Winter nicht vernünftig beheizbar ist, kann man sich denken; dass es im Sommer – bei Aussentemperaturen von 38 Grad im Schatten – nicht ansatzweise zu kühlen ist, konnte die Ein-Mann-Delegation des VPOD leibhaftig erleben. Zum Glück erreichten nur wenige Debatten hitziges Niveau. Eigentlich nur zwei, darunter eine Resolution zu Israel und Gaza, die nach engagiertem Austausch in der vom Exekutivausschuss vorbereiteten Kompromissversion verabschiedet wurde. Namentlich die deutsche Delegation war bestrebt gewesen, einige weitere israelfeindliche Spitzen zu entfernen, blieb damit aber fast allein. Kontrovers diskutiert wurde auch ein Abschnitt im Aktionsprogramm, nämlich derjenige über die Energiepolitik. Vergeblich verlangten die französischen Gewerkschaften, denen der Exekutivausschuss schon weit entgegengekommen war, hier eine noch atomkraftaffinere Formulierung, jedenfalls übergangsweise. Insgesamt betont das Programm die gewichtige Rolle des Service public auf dem Weg zu einer grünen Wirtschaft. Ein «Green Deal» reiche allerdings nicht aus, wurde gesagt; notwendig sei auch die Farbe Rot – eine sozial faire Ausgestaltung der Dekarbonisierung, bei der niemand auf der Strecke bleibt. Ähnliches verlangen die Service-public-Gewerkschaften mit Bezug auf die Digitalisierung: Es darf nicht geschehen, dass die Arbeitswelt damit in Gewinnerinnen und Verliererinnen gespalten wird, vielmehr müsse man auf dem Weg in eine – weiterhin von Menschen gestaltete – digitale Zukunft *alle* mitnehmen.

Kampf gegen rechts

Auch im Kampf gegen das mit Bestürzung beobachtete Erstarken rechtsnationaler und rechtsextremer Parteien und Strömungen sieht der EGÖD die Antwort in zugesicherter Daseinsvorsorge, in stabilen Jobs mit Perspektiven, in Gleichstellung und Schutz vor Diskriminierung und im sozialen Dialog. Starke, gut ausgestattete öffentliche Dienste seien, so sagte es der wiedergewählte Generalsekretär Jan Willem Goudriaan, «das Rückgrat einer fairen und gerechten Gesellschaft, die den Menschen und den Planeten als wichtiger ansieht als Unternehmensprofite». Auch die neu gewählte Präsidentin, Françoise Geng von der französischen Gewerkschaft CGT als Nachfolgerin der Norwegerin Mette Nord, arbeitet an dieser Agenda und will dabei der Stellung und den Rechten der Frauen besondere Priorität einräumen. Beide Gewählten konnten sich mit 86 Prozent der Stimmen eines guten, aber nicht stalinistisch-totalitären Resultats erfreuen.

Die Delegierten der europäischen Service-public-Gewerkschaften im Parlamentspalast zu Bukarest. Der Schweizer Vertreter ist der dritte Kopf über dem «P» in «Public services».

Ein Gespräch mit Adrian Neagoe, Vizepräsident Publisind, über Sicherheit und Freiheit, über Diktatur und Demokratie und über Gewerkschaften im heutigen Rumänien

«Rumänien ist in Bewegung»

Adrian Neagoe ist mein Lotse beim Versuch, etwas über den Service public und die Gewerkschaften in Rumänien zu erfahren. Wie auf Reisen üblich: Jede beantwortete Frage generiert neue. Fazit: In Rumänien bewegt sich derzeit vieles – und manches sogar in die richtige Richtung. | **Text und Interview:** *Christoph Schlatter* *(Bildnachweis: Seite 19)*

Adrian Neagoe ist Soziologe und arbeitet heute als vollamtlicher Gewerkschafter für das Gefängnispersonal.

Die Piața Valter Maracineanu war leicht zu finden, ein paar Strassen von der Calea Victoriei entfernt, der Hauptschlagader dessen, was nach Ceaușescus grossflächiger Umgestaltung von Bukarests kleingliedriger Altstadt übriggeblieben ist. Aber jetzt? In der Mitte des kreisrunden Platzes ragt ein Denkmal: Ich erkenne eine Frau mit wehender Fahne und einen Soldaten mit Gewehr. Ich mache mich kundig: Die Figuren erinnern an einen rumänischen Feldzug gegen Bulgarien von 1913. Sie helfen aber wenig bei der Suche nach dem Hauptquartier der Gewerkschaft Publisind, das sich irgendwo in den Nummern 1 bis 3 an dieser Adresse verstecken soll. Mit einem ihrer Vertreter bin ich zum Interview verabredet.

Ich frage mich durch, bis ich in einem hell und modern eingerichteten Schulungsraum mit bescheidener Beschilderung aussen und respekterheischender goldener Wandschrift innen stehe. Bald schon sitze ich, mit international kompatiblem Kaffee ausgestattet, meinem Gesprächspartner gegenüber. Adrian Neagoe ist Vizepräsident der Gewerkschaft Publisind und soll als erstes helfen, das Gnuusch im Fadenzeinli zu entwirren, als das sich die Organisation der Gewerkschaften in Rumänien zunächst ausnimmt. Wie viele Dachverbände bitte? Und ist Publisind jetzt eigentlich eine Gewerkschaft oder ein Gewerkschaftsbund?

***VPOD-Magazin:* Kannst du in groben Zügen schildern, wie die Gewerkschaften in Rumänien aufgestellt sind?**

Adrian Neagoe: Es ist kompliziert. Es gibt in Rumänien fünf unterschiedliche Gewerkschaftsdachverbände. Die Föderation Publisind gehört dem BNS an und ist ihrerseits wieder in viele – teilweise sehr kleine – Einzelgewerkschaften gegliedert. Die grösste unter ihnen ist diejenige der Polizei; ihr Chef, Cosmin Andreica, hat dir soeben Kaffee serviert. Meine Gewerkschaft vertritt das Gefängnispersonal. Auch das Personal der Gerichte und der sozialen Dienste, Beschäftigte aus Kultur, Medien und Verkehr gehören zu uns, um nur einige zu nennen.

Kann man die Gewerkschaftsdächer unterschiedlichen Positionen zuordnen?

Direkte politische Zuordnungen zu Parteien lassen sich nicht machen.

Und wie gross seid ihr?

Die grössten Einzelgewerkschaften Rumäniens sind die zwei Bildungsgewerkschaften und die im Gesundheitswesen tätige Sanitas. Publisind hat rund 35 000 Mitglieder; unser grösster Einzelverband ist «Cosmins» Polizei mit etwa 10 000 Mitgliedern; meine Gewerkschaft hat 6000 Mitglieder.

Man müsste diese Zahlen messen an der Grösse der jeweiligen Apparate, um einen Eindruck der Machtverhältnisse zu bekommen.

10 000 von 70 000 Polizisten sind bei Publisind. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Oder sogar weniger als das. Denn einerseits gibt es jeweils weitere Gewerkschaften, die im gleichen Teich fischen, bei der Polizei zum Beispiel oder beim Gefängnispersonal. Sie sind da Konkurrenz und Verbündete zugleich. Jedenfalls liegt der Organisationsgrad insgesamt höher. In meinem Bereich kommen wir auf sehr gute 80 Prozent. Ähnlich hohe Quoten gibt es auch in der Bildung; die Gesundheitsgewerkschaft Sanitas bewegt sich im Bereich von 50 Prozent. Und was die Polizei angeht: Die genannten 70 000 sind nur ein Teil der gesamten Polizei. Daneben existiert, ebenfalls dem Innenministerium unterstellt, die *Jandarmerie,* die für die öffentliche Ordnung sorgt und deren Mitglieder, weil die Truppe quasi militärisch funktioniert, sich nicht gewerkschaftlich organisieren dürfen. Darüber hinaus haben auch die Kommunen eine

eigene Polizei, die sich wiederum von den nationalen Einheiten abgrenzt. Das macht es auch gewerkschaftlich kompliziert, denn die Löhne werden auf unterschiedliche Weise festgelegt.

Nämlich wie?

Bei den kommunalen Polizeien werden die Löhne zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt. Auf der zentralstaatlichen Ebene werden sie auf der politischen Ebene festgelegt. So entstehen Unterschiede, die oft als ungerecht empfunden werden.

Vielleicht noch ein paar Worte zu deiner Person: Bist du noch im Gefängnis tätig? Oder bist du ein Gewerkschaftsprofi?

Ich bin seit einigen Jahren vollamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. Eine Weile lang habe ich beide Berufe nebeneinander ausgeübt. Und zumindest theoretisch, nämlich wenn mein Mandat nicht verlängert wird, besteht die Möglichkeit, dass ich zu meiner Arbeit im Gefängnis zurückkehre.

Und was für eine Tätigkeit war das dort? Warst du der Mann mit dem grossen Schlüsselbund?

Nein, ich habe als studierter Soziologe zunächst im Bereich der Resozialisierung gearbeitet. Ab 2006 war ich auf der Leitungsebene tätig und habe mich um den internationalen Austausch und die Umsetzung von Projekten gekümmert.

«Huldigung» («Omagiu»): In keinem Land des Warschauer Paktes wurde der Personenkult so weit getrieben wie in Rumänien.

Gemäss dem Gewerkschaftsmonitor der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Rumänien 22,5 Prozent. Auch Adrian Neagoe beklagt die starke organisatorische Zersplitterung. Die Erklärungen dazu führen in die Vergangenheit. In kommunistischen Zeiten waren 9 von 10 Erwerbstätigen Mitglied bei der *Uniunea Generală a Sindicatelor din România*. Aber Gewerkschaft stand da nur im Namen. Faktisch hatte die Organisation alles andere im Sinn als die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Werktätigen. Sie war kein «Transmissionsriemen der Partei in die Gesellschaft», vielmehr ein Wurmfortsatz der Partei, ideologiegetränkt, phrasenabsondernd – und von den Realitäten der Menschen weit entfernt.

Adrian Neagoe schätzt zwar, dass die Mitgliedschaft in der Partei im kommunistischen Rumänien «nützlicher» war als die in der «Gewerkschaft», aber letztlich lief alles auf eins hinaus: Am Ende stand die Befestigung der Macht des Staats- und Parteichefs und die Stärkung eines aberwitzigen Personenkults um ihn und seine Ehefrau. Auch im kommunistischen Rumänien gab es übrigens Bestrebungen, eine unabhängige Gewerkschaft aufzubauen. Das war 1979, ein Jahr vor der polnischen Solidarność. Anders als in Polen wurde der Versuch im Keim erstickt, mit den «bewährten» repressiven Mitteln von Ceaușescus Machtapparat: Die Mitglieder der Gewerkschaft *Sindicatul Liber al Oamenilor Muncii din România* wurden zwangspsychiatrisiert oder verprügelt, ins Exil getrieben oder wegen «Verbreitung faschistischer Propaganda» ins Gefängnis geworfen. Die *offizielle* Gewerkschaft bestand bis 1989; danach zerstreuten sich ihre Mitglieder in alle Winde. Der Aufbau von freien Gewerkschaften ging zögerlich voran, vor allem im industriellen Sektor, weil die Industriebetriebe zerschlagen und aufgespalten wurden.

Darf ich dich fragen, wie alt du bist?

Ich bin 48 Jahre alt.

Das heisst, dass du die Revolution, den Sturz Ceaușescus, die Ungewissheiten der Wendezeit zwar noch als Kind, aber doch schon bewusst miterlebt hast.

Ich war 13, als Ceaușescu fiel. Ich habe einen Teil meiner Schulzeit noch im alten System absolviert. Ich habe als Kind Schlange gestanden um rationierte Lebensmittel. Ich habe dann erlebt, wie Lehrpläne geändert, Schulbücher ausgetauscht, bisherige «Wahrheiten» abgesetzt wurden. Mit 13 ist man alt genug, um das Ausmass der Umwälzung zu erkennen. Wir haben aber natürlich viele jüngere Kolleginnen und Kollegen, die keine Erinnerung an die Zeit vor 1989 haben. Für sie liegt die kommunistische Epoche in grauer Vorzeit.

Die rumänische Revolution ist sehr schnell verlaufen: Zehn Tage um Weihnachten 1989 haben alles verändert. Und sie war, verglichen mit der in anderen Ländern, brutal. Es gab über 1000 Tote, und das Diktatorenpaar wurde ohne Prozess erschossen. «Samten» – wie in der Tschechoslowakei oder auch in der DDR – kann man das nicht nennen.

Und trotzdem ging alles keineswegs auf einen Schlag. Der Wandel hatte mehrere Etappen. Es war nicht Nacht und dann auf einmal Tag oder umgekehrt. Und die Dinge sind auch selten einfach nur schwarz oder nur weiss. Es gab auch nach jenem Dezember 1989 noch heftige Auseinandersetzungen, auch gewaltsame. Am schlimmsten waren die Vorfälle im Juni 1990, als der neue Staatspräsident, Ion Iliescu, die gegen ihn gerichtete Opposition loswerden wollte. Iliescu hatte schon im kommunistischen Regime wichtige Posten bekleidet; er war also keineswegs die Verkörperung eines Neubeginns. Als er sah, dass wachsender Protest in den Strassen von Bukarest seine neu erworbene Macht bedrohte, setzte er Polizei und Armee gegen die Demonstrierenden ein, und als das nichts half, liess er tausende Bergarbeiter aus Siebenbürgen herbeischaffen, welche die Opposition auf den Strassen Bukarests niederknüppelten. Es sollte den Anschein haben, dass die Arbeiterklasse die Faxen dicke hat und für Ordnung sorgt. Es gab 6 Tote und unzählige Verletzte bei diesen Gewaltexzessen.

Pétanque unter Freunden: Ion Iliescu, hier 1976 mit Elena Ceaușescu, wird Nicolae Ceaușescu nach der Revolution von 1989 als Staatschef beerben.

Wogegen genau war die neue Opposition gerichtet?
Aus meiner Sicht ging es gegen die Neokommunisten, also gegen jene, die noch im alten Regime Funktionen innehatten und die nun nach der Revolution wiederum obenauf schwammen.
In Deutschland nannte man diese Leute nach einem Vogel, der seinen Kopf fast um 360 Grad drehen kann: Wendehals. Aber es liegt ein sehr grundsätzliches Problem dahinter: Wie gestaltet man eine neue Gesellschaft, wenn das Know-how für viele Dinge bei den alten Kadern sitzt? Damit hatte Deutschland nach 1945 zu kämpfen …
… und genauso Rumänien nach 1989. Wohin sind beispielsweise die 40 000 Mitglieder der Securitate verschwunden, von Ceaușescus Geheimpolizei?
Ja, wohin?
Einige wurden vom Saulus zum Paulus und erlangten Positionen im neuen Staat, andere waren gegen den Umbruch und wurden unsichtbar. In zahlreichen Wahlen spalteten sich so auch die Parteien in immer neue Flügel, namentlich die Sozialdemokratische Partei, die in Teilen die Nachfolge und das Personal der einstigen Nomenklatura übernommen hatte.

Es ist unbestritten, dass die Geheimpolizei Securitate auch im Vergleich mit ihresgleichen zu den besonders grausamen und menschenverachtenden Organisationen gehört. In die Geschichte der Gräueltaten des 20. Jahrhunderts hat sie sich beispielsweise mit dem sogenannten Pitești-Experiment eingeschrieben, das darin bestand, die Häftlinge in den politischen Gefängnissen durch fiese Spiele gegeneinander aufzuhetzen und die Gefangenen so selbst zu Peinigern ihrer Mitgefangenen zu machen. Das war in den frühen 1950er Jahren und geschah unter der Führung moskauhöriger Fanatiker. In der späteren Phase des Regimes, unter Ceaușescu, verlagerte sich das Wirken der Securitate etwas weg von offener Grausamkeit hin zu subtileren Methoden. Häufig angewandt wurde das Verfahren, missliebige Personen durch Einweisung in psychiatrische Anstalten aus dem Verkehr zu ziehen.
Schätzungen zufolge gab es im Rumänien der kommunistischen Epoche zeitweise über 70 000 politische Gefangene. Nicht alle haben Folter und Zwangsarbeit überlebt. Anders als beispielsweise in Deutschland, wo schon 1991 ein Stasi-Unterlagen-Gesetz verabschiedet wurde, dauerte es in Rumänien lange, bis die politische und juristische Aufarbeitung der Verbrechen einsetzte. Erst Mitte der Zehnerjahre kam es erstmals zu gerichtlichen Verurteilungen (etwa 2016 von Ioan Ficior, der für den Tod von über 100 Gefangenen als verantwortlich betrachtet wurde, zu 20 Jahren Haft).

Aus der deutschen Historie, die ich besser kenne als die rumänische, kann man aber auch lernen, dass bei Urteilen über Menschen und ihre Geschichte Sorgfalt notwendig ist. Wie Adrian Neagoe es ausdrückt: Die Dinge sind manchmal nicht so, wie sie auf den ersten Blick scheinen, und selten vollständig schwarz oder vollständig weiss. Die pauschale Verurteilung anhand von Rang und Namen wird dem Einzelfall nicht überall gerecht. Und auch über Flucht oder Bleiben, über innere oder äussere Emigration entschieden oft nicht nur Gesinnungen, sondern ebenso häufig Lebensumstände, Abhängigkeiten, wirtschaftliche und familiäre Zwänge.

Für Ausreise und Auswanderung gibt es politische, aber auch wirtschaftliche Gründe. Auch das heutige Rumänien ist davon betroffen: Viele suchen ihr Glück im Westen. Kann man mit rumänischen Löhnen in Rumänien anständig leben?
So pauschal ist das schwierig zu beantworten. Statistiken spiegeln ja immer nur einen Teil der Wahrheit. Wenn ich ein Hähnchen esse und du keines, wird die Statistik behaupten, dass wir beide ein halbes Hähnchen gegessen haben.
Mit Blick auf meinen Body-Mass-Index scheint es eher, als ob ich zwei verschlungen hätte.
Das Preisniveau ist recht hoch. Dazu kommt eine beträchtliche Inflation. Demgegenüber stehen die Löhne, die das sehr unterschiedlich reflektieren. Ja, die Löhne steigen. Aber gleichzeitig oder noch schneller wird der Strom teurer, das Gas, die Lebensmittel. Ich bin sehr froh über die Mindestlohn-Richtlinie. Aber allgemein sind die Löhne hier unzureichend. Das wird vor allem zu einem Problem in Branchen, in denen es eine starke Nachfrage nach Personal gibt, auch aus dem Ausland. Etwa im Gesundheitswesen gibt es eine starke Abwanderung von Fachkräften. Wir bilden sie aus, und dann gehen sie fort und leben anderswo.
Ohne Zweifel sind wir – die Schweiz – in diesem System die Profiteure. Immerhin ungefähr 30 000 Rumäninnen und Rumänen gehören bei uns zur ständigen Wohnbevölkerung.
Die beliebteste Destination für ausgebildetes Personal aus Rumänien, gerade aus dem Ge-

sundheits- und Sozialbereich, war lange Zeit das Vereinigte Königreich. Das dürfte sich in den Jahren seit dem Brexit geändert haben. Ansonsten zieht es viele in Länder mit verwandter romanischer Sprache.

Also auch in die Westschweiz!

Wir sprechen von Europa. Natürlich drängt sich da die Frage auf, ob Rumänien vom Beitritt zur EU profitiert hat – obwohl offene Grenzen ja auch leichte Auswanderung bedeuten und für den Abfluss von Fachkräften mitursächlich sind. Für Adrian Neagoe gibt es keinen Zweifel: Die Mitgliedschaft bei der EU ist für Rumänien eine Erfolgsgeschichte; man stünde ohne sie nicht, wo man heute steht. Beispielsweise haben die nach der Wende lange stockenden Investitionen in die Infrastruktur mit dem Beitritt einen neuen Schub erhalten. Auch viele rechtsstaatliche und menschenrechtliche Themen kamen mindestens in Bewegung. Das kontrastiert womöglich auch die in Westeuropa verbreitete Sicht, wonach die EU-Osterweiterung überstürzt erfolgt sei. Aber was war der Grund dafür, dass Rumänien erst im zweiten Rutsch drankam? Nicht schon 2004, sondern erst, zusammen mit Bulgarien, 2007? Adrian Neagoe erklärt es sich mit der Fokussierung auf *ein* Thema: Korruption.

Hat die EU bei ihrem Aufnahmeverfahren ein allzu grosses Gewicht auf die Frage der Korruption gelegt?

In den Jahren nach der Revolution von 1989, als westliche Beraterstäbe, auch Gewerkschaften und viele andere ins Land kamen, um uns zu helfen, westliche Standards zu erreichen, als wir gefragt wurden, wo der Schuh drückt, haben wir selbst dem Thema aus meiner Sicht überproportionale Bedeutung gegeben. Da haben wir nicht das Bildungssystem als Problem genannt, das keineswegs so modern war, wie behauptet wurde. Wir haben nicht das Gesundheitswesen genannt, die Ausstattung der Spitäler. Wir haben nicht den Verkehr erwähnt, die schlechten Strassen, die maroden Schienen. Wir haben gesagt: Korruption ist unser grösstes Problem. Meiner Ansicht nach ist das, wie wenn ich deine Frage nach dem grössten Problem Rumäniens mit «Das Wetter» beantworten würde. Ja, es ist zu heiss heute, und es wird in den nächsten Tagen noch wärmer. Aber …

Also ist Korruption in Rumänien kein wirkliches Problem?

So möchte ich nicht verstanden werden. Aber man muss an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch andere Länder der EU das Problem kennen. Und nicht nur Länder des Ostens, sondern zum Beispiel auch – und massiv – Italien. Kommt dort das Geld der EU dort an, wo es hin soll? Sind dort nicht ganze Landstriche in den Klauen der organisierten Kriminalität?

Richtig, es gibt Korruption auch in anderen Ländern, und selbst im EU-Parlament tauchen prall gefüllte Geldkoffer auf. Aber wie verhält es sich denn jetzt genau in Rumänien? Gibt es ihn, den ungeschriebenen Katalog, in dem steht, wie viel «Extra» von wem in welcher Situation erwartet wird: beim Arztbesuch zum Beispiel, oder wenn ich von der Polizei angehalten werde, weil ich zu schnell gefahren bin?

Versuchen wir eine andere Herangehensweise: Wenn du in ein Restaurant gehst, gibst du Trinkgeld. Du bist nicht verpflichtet dazu, aber es ist auch eine Art, Danke zu sagen. Die Trinkgelderwartungen können von Land zu Land sehr verschieden sein. In Rumänien wird die Servicekraft nicht sehr happy sein, wenn du nicht mindestens 10 Prozent drauflegst. In den USA, wo ich neulich war, ist das Level noch höher. Als ich für eine 100-Dollar-Rechnung einen Zehner dazugab, hat mir der Kellner den Schein empört retourniert. Er hat 20 Prozent erwartet.

Briefmarke 1988 zum 70. Geburtstag von Nicolae Ceaușescu.

Trinkgeld, Schmiergeld – ist das denn alles das Gleiche?

Zum einen müssen wir berücksichtigen, dass die Löhne in Rumänien in vielen Branchen bis vor Kurzem sehr tief waren. Und dann gibt es eine gewisse Tradition in diesen Dingen. Die reicht weit zurück, nicht nur in die kommunistische, sondern sogar in die Zeit, als Rumänien Bestandteil des Osmanischen Reichs war. Dort gehörte der Ämterkauf zum System, und der Verweser

Lebensmittelkarte, 1989.

musste das viele Geld, das er dem Sultan für sein Amt bezahlt hatte, irgendwo wieder hereinholen. Gefälligkeiten mit Gefälligkeiten zu entgelten, war seit langer Zeit Bestandteil unserer Kultur. Keine Frage: Damit befinden wir uns bereits an der Kippe zur Korruption. Aber es gibt jetzt Bewegung in diesen Dingen. Die jüngere Generation hat eine andere Sicht darauf. Und das Strafgesetz bedroht sowohl die Gebenden wie auch die Nehmenden.

Wobei in korrupten Systemen die meisten ja einmal das eine, einmal das andere sind.

Wie gesagt, die Dinge sind im Wandel. Ich bin im Gefängnissektor tätig. Und es haben «bei uns» schon frühere Premierminister eingesessen. Die Skandale zeigen, dass das Problem zunehmend wahrgenommen wird. Und nochmals: Es beschränkt sich nicht auf Rumänien. Auch in Portugal, auch in Österreich stehen oder standen ehemalige Spitzenpolitiker in Korruptionsprozessen vor

Gericht. Also: Ist Korruption ein Problem? Ja. Ist sie das grösste Problem Rumäniens? Nein. Ist Rumänien das einzige Land mit diesem Problem? Nein. Das alles heisst nicht, dass Korruption nicht bekämpft werden muss. Hier bei uns. Und überall sonst.

Eine letzte Frage noch zur EU: Was wäre denn geschehen, wenn Rumänien nicht – oder erst viel später – in die EU aufgenommen worden wäre?

Der Blick an die rumänische Ostgrenze gibt die Antwort auf diese Frage. Dort liegen Länder wie Moldawien und die Ukraine, die wirtschaftlich, aber auch in Fragen der Rechtsstaatlichkeit deutlich hinter Rumänien zurückliegen.

Ich muss noch mehr erfahren über die Mechanik der Sozialpartnerschaft im öffentlichen Sektor Rumäniens und über die Arbeitsbedingungen der Leute, die dort arbeiten. Die Löhne, das habe ich bereits verstanden, sind grundsätzlich nicht Gegenstand von Verhandlungen, jedenfalls dort, wo die nationale Ebene betroffen ist. Sie werden politisch, also faktisch vom Parlament bzw. von der Regierung, festgelegt. Auch einen Mindestlohn hat die Regierung erlassen, wofür Adrian Neagoe sehr dankbar ist.

Es ist aber nicht so, dass die Arbeitsbedingungen ausschliesslich «von oben herab» dekretiert werden. Es gibt durchaus Gremien für sozialen Dialog. Es gibt sozialpartnerschaftliche Ausschüsse, die ihre Ansicht kundtun. Und es wird auch verhandelt. Und zwar so ungefähr über alles, was neben dem Lohn die Arbeitsbedingungen beeinflusst. Über Gesundheitsschutz und Sicherheit, über Aus- und Weiterbildung und auch über die Arbeitszeit. Und weil Zeit und Geld, die beiden Hebel der Gewerkschaften, miteinander verschränkt sind, gibt es doch indirekt eine Möglichkeit, auch über Löhne zu reden.

Bitte linke Spur wählen!

Wie viele Stunden pro Woche wird in Rumänien gearbeitet? Und wie viele Ferien hat man?

Die Arbeitszeit gemäss Arbeitsgesetz beträgt 8 Stunden pro Tag, 5 Tage pro Woche. Dann gibt es mindestens 21 Tage Ferien.

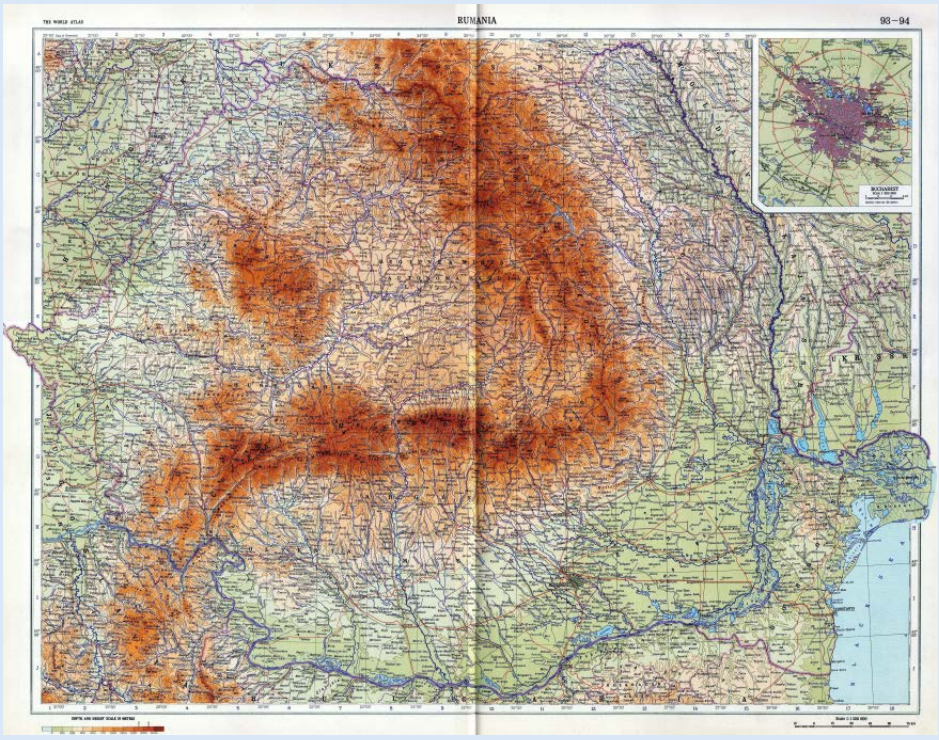
Und wie wird die Arbeitszeit bei der Polizei und im Gefängnis gestaltet, also in Diensten, die einen 24-Stunden-Service gewährleisten müssen?

Das Gefängnispersonal arbeitet in 12-Stunden-Schichten, die gefolgt sind von 12 freien Stunden. Dann wieder 12 Stunden Schicht, dann 48 Stunden frei. Auch das soll am Ende 40 Stunden pro Woche ergeben, und Mehrarbeit soll im Prinzip mit Zeit kompensiert werden. Für Arbeit in der Nacht und am Wochenende werden Zeitzuschläge ausgerichtet. Aber es kommt auch vor, dass solche Zuschläge in Geld ausgezahlt werden.

Gibt es viele Feiertage?

Es dürfte sich auf ähnlichem Niveau bewegen wie in anderen Ländern, mit Neujahr und Weihnachten – jeweils 2 Tage – und den üblichen christlichen: Karfreitag, Ostern, Pfingsten, die bei uns im Allgemeinen nach dem Kalender der orthodoxen Kirche begangen werden. Dann sind da noch Mariä Himmelfahrt und der Andreastag sowie zwei internationale: der 1. Mai (Tag der Arbeit) und der 1. Juni (Tag der Kinder). Die zwei Tage, mit welchen sich die Nation Rumänien feiert, sind der 24. Januar und der 1. Dezember.

Karte Rumäniens aus einem in Moskau erschienenen Atlas von 1967.



Ich wundere mich zunächst über den Tag der Kinder, der es nur in wenigen Staaten in den Rang eines offiziellen Feiertags geschafft hat. Gemäss Adrian Neagoe ist der 1. Juni in Rumänien ein traditionelles Datum für Familienausflüge. Es liegt auch jahreszeitlich etwas günstiger als die beiden historischen Feiertage, die ich zum Anlass nehme, etwas Weniges aus der rumänischen Geschichte zu erfahren. Am Vereinigungstag – 24. Januar – feiert man den Zusammenschluss zweier Fürstentümer 1859, was als Anfang der rumänischen Nationalstaatlichkeit gilt: Zusammen kamen da die Walachei (tatsächlich heisst so die grosse Ebene um Bukarest, auch wenn das Wort in der deutschen Sprache häufig nur im übertragenen Sinn – abwertend für eine weit entfernte, dünn besiedelte und von der Zivilisation kaum beleckte Gegend – benutzt wird) und Moldawien (das mit dem heutigen Staat Moldawien nicht deckungs-

gleich ist). Am 1. Dezember 1918 kam Siebenbürgen dazu; dieses Ereignisses wird am Nationalfeiertag gedacht.
Insgesamt wuchs Rumänien in den Jahren um den Ersten Weltkrieg auf sogenannt grossrumänische Dimension, was allerdings mit starken nationalen Minderheiten einherging, von denen die Ungarn und die Deutschen die gewichtigsten waren. Viele der neuen Gebiete gingen in den Jahren um den Zweiten Weltkrieg wieder verloren, in dem sich ein rechtsnationalistisches Rumänien am deutschen Überfall auf die Sowjetunion ebenso beteiligte wie an der Ermordung der Juden und der Roma. Der Seitenwechsel des zerstörten Landes im August 1944 kam zu spät. Nach 1945 rächte sich das in territorialen Verlusten und in der vollständigen Einverleibung in die sowjetische Machtsphäre. Aus heutiger Sicht erscheint es grotesk, dass Nicolae Ceaușescu bei seinem Machtantritt 1965 als Hoffnungsträger gelten konnte. So weit wie er in den 1980er Jahren hat niemand im Ostblock den Personenkult getrieben. Aber die Zeit läuft, und wir müssen jetzt rasch zurück zu den Aktualitäten und den gewerkschaftlichen Herausforderungen von 2024.

In welchem Alter wird man in Rumänien pensioniert?
Normalerweise gehen Männer mit 65 und Frauen mit 62 Jahren in Rente. Dazu muss man allerdings bemerken, dass die Menschen in Rumänien nicht so alt werden wie im Westen oder im Norden, vor allem die Männer nicht. Die Lebenserwartung bei Geburt liegt etwa 10 Jahre tiefer als beispielsweise in der Schweiz oder in Deutschland. In meinem Bereich, im gesamten Sektor der Verteidigung und der Sicherheit, gibt es spezielle Regelungen. Das Pensionsalter liegt bei 60 Jahren. Aber weil die Jobs bei der Polizei oder im Gefängnis als Verschleissjobs gelten, gibt es die Möglichkeit einer vorzeitigen Pensionierung: Mit jedem Dienstjahr senkt sich das Rentenalter um ein halbes Jahr. Wenn jemand also 24 Jahre im Dienst ist, kann er statt mit 60 mit 48 Jahren in Rente gehen.
Oh!
Wie gesagt, man muss das mit der Lebenserwartung im Zusammenhang sehen, die in unserem Bereich noch einmal tiefer liegt als für die allgemeine rumänische Bevölkerung. Ich kannte viele Kollegen, die schon in ihren frühen Fünfzigern gestorben sind und demnach nur wenige Jahre Rente bezogen haben. Viele erleiden auch in der aktiven Zeit schon einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall. Das mag sich anekdotisch anhören, und in der Tat fehlt die von uns Gewerkschaften angemahnte spezifische Erhebung über die Lebenserwartung der Sicherheitskräfte. Selbstverständlich ist es zulässig, auch länger zu arbeiten, wenn man gesund ist und das gerne möchte. Und es gibt ohnehin einen starken gesellschaftlichen Druck, diese Spezialregimes abzuschaffen, die andererseits immerhin die Attraktivität unserer Berufe steigern. Der Gegendruck hat aus meiner Sicht in erster Linie damit zu tun, dass sich das Verhältnis der erwerbstätigen und der im Ruhestand befindlichen Bevölkerung zunehmend zugunsten letzterer verschiebt. Und dass Rumänien überhaupt ein schrumpfendes Land ist.
Die andere Frage ist, ob man mit der Rente, die man dann erhält, auch anständig leben kann.
Es ist knapp. Sehr knapp.

Das muss man wissen; es ist ein wichtiger Parameter und ein diametraler Unterschied zum Einwanderungsland Schweiz: Rumänien schrumpft. 1989, beim Ende der Diktatur, zählte man 23 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, heute sind es noch 19. Das hat mit einer (zu) geringen Geburtenrate zu tun, aber natürlich auch mit der wirtschaftlich bedingten Migration: Rumänien ist seit 1989 ein Auswanderungsland, und mehrere Millionen Rumäninnen und Rumänen leben im Ausland. Zwar ist es in den letzten Jahren gelungen, die Emigration etwas zu bremsen. Allerdings ist auch die Binnenwanderung bedeutend: Auf dem strukturschwachen Land bleibt eine überalterte Bevölkerung zurück. Adrian Neagoe erzählt mir auch von einer starken Polarisierung innerhalb der rumänischen Gesellschaft, von einem tiefen sozialen Graben: Es gibt sehr wenige sehr Reiche – und viele, die wenig haben. Und die Mittelschicht ist dünn. Zu dünn.

Ein schlimmer «Betriebsunfall» war die 2017 erfolgte Überwälzung aller Sozialabgaben auf die Arbeitnehmerseite. Ein anderes, aus Gewerkschaftssicht sehr problematisches Gesetz aus dem Jahr 2011 ist dagegen soeben gemildert worden. Prompt schnellte Rumänien im Index der Gewerkschaftsrechte um eine Liga nach oben (siehe Seite 9). Das Dekret verlangte für den Abschluss nationaler Gesamtarbeitsverträge einen Organisationsgrad von 50 Prozent plus 1 Person – eine kaum erreichbare Hürde, zumal in der Privatwirtschaft. 2023 wurde dieses Quorum auf ein Drittel gesenkt. Die grösste Mobilisierung der letzten Zeit gab es im vergangenen Jahr bei den Lehrkräften, die in der Tat sehr schlecht bezahlt waren und die sich durch einen Streik Gehör und bessere Löhne verschafften. Ähnliche Entwicklungen beobachtet man im Gesundheitsbereich (siehe Seiten 20/21). So wie ich Adrian Neagoe verstehe, bewegt sich vieles in die richtige Richtung. Es gibt jedoch auch Entwicklungen, die ihn beunruhigen, etwa der Aufstieg rechtsnationalistischer Parteien, wie er kürzlich bei den Europawahlen und den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen auch in Rumänien zu beobachten war.

U-Bahn in Bukarest: Rumänien ist in Bewegung.

Bildnachweis: S. 14: slt. – S. 15: Constanti Nitescu, etwa 1980/Wikimedia CC. – S. 16: Fototeca online a comunismului românesc/Wikimedia CC. – S. 17: Wikimedia CC; Alex:D/Wikimedia CC. – S. 18: Olahus/Wikimedia CC; slt. – S. 19: slt.

Ein Gespräch mit Claudia Petcu und Razvan Gae, Generalsekretärin und Vizepräsident der Gesundheitsgewerkschaft Sanitas

«Guter Lohn hält die Leute im Land»

Sanitas ist eine enge Verwandte des VPOD: Die rumänische Gesundheitsgewerkschaft besitzt Mobilisierungskraft und Durchsetzungsvermögen und hat im Logo ein kurzarmiges Schweizerkreuz. Das *VPOD-Magazin* war in der Bukarester Zentrale. | **Interview und Fotos:** *Christoph Schlatter und Sanitas (Foto)*

***VPOD-Magazin:* Vielleicht sagt ihr zum Einstieg kurz etwas zu eurer Tätigkeit. Bist du ein Vollzeitgewerkschafter, Razvan?**

Razvan Gae: Ich bin ausgebildeter Krankenpfleger und habe eine sehr lange Zeit beide Berufe nebeneinander ausgeübt. Ich war 5 Tage die Woche für die Gewerkschaft unterwegs – gleichzeitig habe ich an den Wochenenden noch Schichten im Krankenhaus übernommen. Nach einem Burnout habe ich diese Arbeit jetzt aufgegeben und widme mich ganz der Gewerkschaft. Auch auf europäischer Ebene übrigens: Am bevorstehenden EGÖD-Kongress kandidiere ich für einen Vizepräsidentenposten.

Claudia Petcu: Auch ich bin eine alte Häsin, was die Gewerkschaftsarbeit angeht. Von 1994 an war ich mit im Boot und habe beim Aufbau unserer Gewerkschaft mitgewirkt. Tatkräftige Hilfe erhielten wir damals aus Deutschland, von Verdi bzw. vom ÖTV, einer der Verdi-Vorgängergewerkschaften. Da gab es eine sehr enge und erfolgreiche Zusammenarbeit. Ach, das waren schöne Jahre. Es war eine Zeit voller Gestaltungsmöglichkeiten und voller Enthusiasmus.

Könntet ihr mir eine kleine Übersicht über das rumänische Gesundheitswesen geben? Ich habe bereits gehört, dass es einen öffentlichen und einen privaten Teil gibt.

Gae: Noch ist der grössere Teil – ich schätze: rund 75 Prozent – öffentlich. Wir kämpfen dafür, dass das so bleibt.

Petcu: Wir haben in Rumänien eine gute Grundversorgung. Wir haben gute, gut ausgestattete Spitäler.

Gae: Aber das private Parallelsystem wird derzeit ausgebaut. Internationale Konzerne drängen ins Land und versuchen, die Rosinen aus dem Kuchen zu picken. Das macht uns Sorgen. Das Fatale ist nämlich, dass sie aus der gleichen Krankenversicherung finanziert werden wie die öffentlichen Player. Aber im Gegensatz zu ihnen bieten sie nicht das ganze Spektrum der Medizin an, sondern nur das, was lukrativ ist.

Petcu: Der gleiche Vorgang spielt sich auch bei den sozialen Diensten ab. Multis versuchen, daraus ein Geschäft zu machen. Dabei bleiben viele auf der Strecke – unter anderem das Personal, aber auch die Bewohnerinnen und Bewohner vieler Heime, seien es Alte oder Menschen mit Behinderung.

Claudia Petcu und Razvan Gae…

Aber eine Privatisierungswelle, wie sie beispielsweise über die deutsche Krankenhauslandschaft hinweggefegt ist, hat es bei euch nicht gegeben?

Gae: Es gab auch bei uns Versuche, Krankenhäuser im grossen Stil zu privatisieren. Wir haben uns dagegengestemmt und konnten vieles verhindern. Uns kam aber auch ein politischer Machtwechsel just zur rechten Zeit zu Hilfe; die dann folgende Regierung hat den geplanten Ausverkauf gestoppt. Privatisiert bzw. outgesourct wurde aber ein Teil der Dienstleistungen *innerhalb* der Spitäler – hochspezialisierte wie das Labor, die Computertomografie oder die Radiologie ebenso wie eher unspezifische wie die Reinigung und Küche.

Auf welchen Ebenen ist eure Gewerkschaft aktiv?

Petcu: Auf allen. Du befindest dich hier im nationalen Hauptquartier. Wir verhandeln mit dem Gesundheits-, dem Finanz- und dem Arbeitsministerium über die Rahmenbedingungen für das Gesundheitspersonal.

Gae: Es gibt unterschiedliche Arten von Spitälern in Rumänien. Es gibt welche, die direkt dem Gesundheitsministerium unterstellt sind. Andere werden auf Ebene der Kreise betrieben – es gibt in Rumänien 41 Kreise nebst der Hauptstadt Bukarest. Und einige wenige sind kommunaler Natur. Sanitas organisiert alle Beschäftigtenkategorien im gesamten Gesundheits- und Sozialdienst, überwiegend – zu 95 Prozent – im öffentlichen Bereich. Wir haben rund 100 000 Mitglieder. Wobei es auch für uns eine dauernde Anstrengung darstellt, diese Zahl zu halten oder womöglich gar auszubauen.

Petcu: Wir sind – auch das ist in Rumänien besonders – die einzige Gewerkschaft in unserer Branche. Im Bildungssektor beispielsweise gibt es zwei grosse Gewerkschaften, die halb Konkurrentinnen, halb Verbündete sind. Im Gesundheitswesen beträgt unser Organisationsgrad ungefähr 40 Prozent. Wir nutzen die ganze Bandbreite legaler Äusserungs- und Kampfformen, vom Mediencommuniqué bis zum Streik. Und natürlich tun wir, was Gewerkschaften auf der ganzen Welt tun: Wir kämpfen für unsere Mitglieder für mehr Lohn und mehr Ferien und für sichere Jobs, die nicht krankmachen. Durchaus erfolgreich.

Vielleicht kannst du ein paar dieser grössten Erfolge nennen?

Petcu: Hast du Zeit? Morgen beginnt ja schon unser EGÖD-Kongress, und ich weiss

nicht, ob wir bis dahin mit allem durchkommen… Gerade in jüngster Zeit haben wir unsere Mitglieder sehr stark mobilisiert und Druck aufgebaut. Mit Erfolg! Der neue Tarifvertrag, den wir 2023 unterzeichnen konnten, darf sich sehen lassen; er bringt für das Gesundheitspersonal Lohnerhöhungen von bis zu 40 Prozent.

Gae: Wichtig für uns ist, dass wir den Abstand des Pflegepersonals zu den Ärztinnen und Ärzten verringern konnten. Diese haben schon 2018 einen Lohnsprung gemacht, jetzt folgen die anderen Berufe.

Petcu: Wobei man vielleicht noch erwähnen sollte, dass ein grosser Teil des Lohnes im rumänischen Gesundheitswesen aus Zuschlägen besteht, die je nach Bereich höher oder tiefer ausfallen. Eigenartigerweise ist die Chirurgie sehr tief bewertet, die Psychiatrie dagegen hoch – was sonst nirgendwo in der Welt der Fall ist. Unser Ziel ist aber eigentlich, möglichst viel von diesen Zusatzgeldern in den fixen Grundlohn zu packen.

Dass euch ein so grosser Schritt nach vorn gelungen ist, dürfte auch mit der Abwanderung von Fachkräften zu tun haben. Man musste einfach etwas tun, um qualifizierte Leute im Land zu halten!

Gae: Tatsächlich kämpfen wir seit 1990 mit diesem Problem. Noch immer zieht es viele, vor allem die sehr gut Qualifizierten, ins westliche Ausland. Man muss in Rumänien auch als Fachkraft sehr viel und sehr hart arbeiten, um auf einen grünen Zweig zu kommen. Ein besserer Lohn hält die Leute im Land.

Petcu: An vielen Orten des rumänischen Gesundheits- und Sozialwesens ist die Personaldecke zu dünn. Das führt dann dazu, dass zu viel Arbeit auf zu wenigen Schultern lastet. Auch das laugt die Leute auf die Dauer aus. Und dann ist es tatsächlich so: Wenn wir in Rumänien 300 Pflegefachleute benötigen, müssen wir mindestens 500 ausbilden…

200 sind für uns im Westen!

Petcu: Löhne von deutlich über 1000 oder sogar um 1500 Euro machen das Bleiben jetzt wieder attraktiver. Denn auch die Lebenshaltungskosten sind in Rumänien deutlich tiefer als bei euch.

Gae: Eine gewisse Bremse für die Abwanderung ist die Tatsache, dass der überwiegende Teil der Rumäninnen und Rumänen eigene Wohnungen oder Häuser bewohnt. Das hindert die geografische und damit natürlich auch die berufliche Mobilität. Da gibt es ein Häuschen oder eine Wohnung, ein soziales Umfeld, die Kinder gehen zur Schule, die alten Eltern wohnen in der Nähe. Was tut man da, wenn eine Stelle im Westen lockt? Es ist sicher keine ideale Lösung, wenn man die Kinder bei den Grosseltern zurücklässt, was viele getan haben, um es wenig später arg zu bereuen. Aber die Kinder mitnehmen? Sie aus der Schule, aus dem Umfeld reissen?

Petcu: Der Familienzusammenhalt ist in Rumänien stärker als bei euch. Man kümmert sich auch um die ältere Generation.

Gae: Und das ist auch notwendig. Denn so etwas wie Spitex oder häusliche Krankenpflege gibt es bei uns kaum. Die Pflege von älteren Menschen geschieht in der Familie – oder dann eben im Heim. Also: Was tut man mit den alten Eltern, wenn man ins Ausland geht? Wer schaut zu ihnen, wenn sie pflegebedürftig werden? Plätze in Senioreneinrichtungen sind in Rumänien eine Rarität – und die guten sowieso.

…von der rumänischen VPOD-Schwester Sanitas.

Noch ein Wort zur Pandemie: In der Schweiz haben wir in dieser Zeit zwar grosse Sympathie für unsere «systemrelevanten» Berufe erfahren, viel Beifall von den Balkonen gehört. Aber eine fundamentale Besserstellung des Personals liess sich daraus nicht ableiten.

Gae: Rumänien hat die Pandemie mehr schlecht als recht bewältigt. Auch hier lastete in den lebensnotwendigen Bereichen immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern. Immerhin ist es uns gelungen, die Situation durch ein spezielles Pandemiegesetz zu verbessern. Jene, die covidpositive Patientinnen und Patienten behandelt und gepflegt haben, sind mit Zuschlägen von 75 bis 85 Prozent zum Grundlohn entschädigt worden. So haben wir uns durchgehangelt. Sicher spiegelt auch der neue, sehr gute Tarifvertrag Erfahrungen aus der Corona-Zeit. Aber mit den Langzeitfolgen sind wir noch lange nicht durch.

Lange Tradition: Das älteste Spital Bukarests wurde 1704 gegründet und 1887 neu erbaut.

Urlaub am Strand: Chefanruf ist unerwünscht.

Zwei Drittel im Urlaub erreichbar

Eine Umfrage des Digitalbranchenverbandes Bitkom ergibt: Zwei Drittel der Berufstätigen in Deutschland sind in den diesjährigen Sommerferien für die Chefin oder den Chef zu sprechen. Als Begründung geben 59 Prozent an, dass der/die Vorgesetzte das erwarte; 51 Prozent sehen den Anspruch bei den Kolleginnen und Kollegen, ein Viertel bei Geschäftspartnern oder Kundschaft. Die Störung der Ferien kommt in zwei Dritteln der Fälle auf dem Handy bzw. den zugehörigen Kurznachrichtendiensten daher. 29 Prozent der Befragten beantworten im Urlaub auch dienstliche E-Mails. 23 Prozent sind per Videocall verfügbar, 11 Prozent via Kommunikationstools wie Teams oder Slack. Der Verband Bitkom mahnt die Unternehmen, Vertretungslösungen und klare Regelungen für die Erreichbarkeit zu definieren: Störung nur bei «dringendem Notfall». Was ein solcher ist, darüber dürften die Ansichten auseinandergehen. Faustregel: Nur Notfälle sind Notfälle. | *pd/slt* *(Foto: nortonrsx/iStock)*

Pflege in Österreich Schwerarbeit

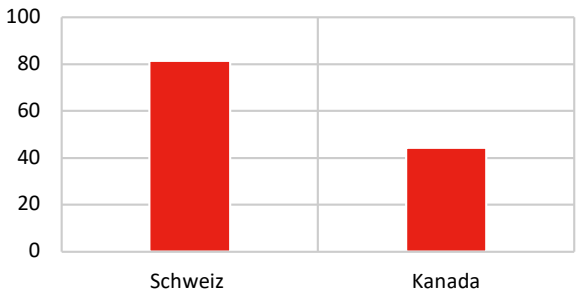
Zumindest für Kärnten und Niederösterreich gilt: Pflege muss als Schwerarbeit anerkannt werden. Dies hat nach dem Landtag in Klagenfurt auch derjenige in St. Pölten entschieden – auf Druck der Gewerkschaften und einstimmig. GÖD und Younion sehen das Ja in den zwei Ländern als «entscheidenden Schritt» auf dem Weg zur flächendeckenden Lösung für Pflegekräfte. Mit der Anerkennung als Schwerarbeit ist eine abschlagsfreie Frühpensionierung ab Alter 60 verbunden. Die 7 restlichen Landesparlamente werden aufgefordert, dem Beispiel zu folgen. «Von allen politischen Kräften hörten wir in den letzten Jahren immer wieder, dass es mehr Wertschätzung für jene braucht, die unser Gesundheitssystem am Laufen halten. Jetzt ist der Moment gekommen, den Worten Taten folgen zu lassen», sagte Reinhard Waldhör von der GÖD. Younion-Vertreter Edgar Martin verweist auf die Widerstände beim bisherigen individuellen Versuch, die Schwerarbeitsanerkennung zu erlangen: Dabei seien Antragstellende

Wirtschaftslektion Freizügigkeit auf dem Prüfstand

Spätestens seit die SVP ihre neuste Exit-Initiative («Nachhaltigkeits-Initiative») eingereicht hat, ist die Diskussion über die Schweizer Migrationspolitik wieder entbrannt. Neu ist, dass sich auch der Economiesuisse-Präsident mit migrationskritischen Äusserungen einmischt. Doch bei all dieser Kritik stellt sich die Frage, was denn die Alternative zum heutigen System mit Personenfreizügigkeit und flankierenden Massnahmen wäre. Ginge es den Arbeitnehmenden mit einem Punkte- oder Kontingentssystem etwa besser?

Länder wie Kanada, Australien oder das Vereinigte Königreich arbeiten mit derartigen Punktesystemen. Dort dürfen grundsätzlich nur Personen einwandern, die vom Staat festgelegte Kriterien erfüllen. Also zum Beispiel einen Uniabschluss haben und die Landessprache gut beherrschen. Tatsächlich wandern in Kanada viele Studierte ein. In der Realität arbeiten diese aber oft in Hilfsjobs – etwa im Gastgewerbe oder als Taxifahrer. Weil der Lohnschutz nicht gut ist, gibt es Lohndruck; Studien weisen darauf hin. Wer hingegen über das Freizügigkeitsabkommen in die Schweiz einwandert, braucht zuerst einen Arbeitsvertrag. Dank dieser Voraussetzung und dem Schweizer Lohnschutz sind Erwerbsbeteiligung und Lohnsituation in der Schweiz besser. In Kanada arbeiten nur 44 Prozent der in letzter Zeit eingewanderten Akademikerinnen und Akademiker in Stellen, die einen Hochschulabschluss brauchen. In der Schweiz ist diese Zahl viel höher.

Anteil der eingewanderten HochschulabsolventInnen mit entsprechenden Arbeitsstellen (in Prozent)



Quellen: Seco, Statistics Canada

Die SVP kommt auch immer wieder mit Kontingentssystemen – wie sie die Schweiz vor der Personenfreizügigkeit kannte. Im früheren Kontingentssystem waren die Arbeitsbedingungen allerdings schlechter, und es gab mehr Schwarzarbeit – nämlich weil die Löhne kaum kontrolliert wurden und weil die Arbeitgeber die Kontingente mit Schwarzanstellungen und Kurzaufenthaltern zu umgehen versuchten. Aus diesem Grund konnten sich die Arbeitnehmenden auch schlechter gegen unfaire Behandlung wehren. Der Umfang der Immigration war auch schon damals durch die Wirtschaftslage bestimmt. Wenn die Konjunktur gut lief, war die Einwanderung gemessen an der Bevölkerung ähnlich hoch wie heute. Allerdings hatten die lobbystarken Branchen privilegierten Zugang, was den Strukturwandel behinderte.

Der positive Befund für die Freizügigkeit mit einem wirksamen Lohnschutz ändert jedoch nichts daran, dass viele Leute mit der Situation unzufrieden sind. Die Reallöhne steigen kaum, während es immer schwieriger wird, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das Problem dahinter ist aber nicht die Migration. Sondern es sind die Arbeitgeber, welche bei den Lohnverhandlungen erschreckend harte Positionen einnehmen. Dazu kommt, dass die öffentliche Hand zu wenig in den nachhaltigen Wohnungsbau investiert. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

«schikanöser Bürokratie ausgesetzt», etwa indem sie einen bestimmten Kalorienverbrauch nachweisen müssten. Und fast alle Anträge würden abgelehnt. Das ändert sich jetzt mindestens im Süden und im Nordosten Österreichs. | *slt (Foto: UV 1/Wikimedia CC)*

Mehr Firmen- als Afrika-Hilfe

Über die Ukraine-Aufbauhilfe wird seit Monaten gestritten. Jetzt hat der Bundesrat beschlossen, dem Schweizer Privatsektor für diesen Zweck 500 Millionen Franken zukommen zu lassen. Der Betrag stammt aus dem Budget der internationalen Zusammenarbeit und sollte eigentlich in die Ukraine fliessen. Jetzt bleibt das Geld – mehr als die gesamten Mittel der DEZA für Subsahara-Afrika – bei Firmen in der Schweiz. Für das entwicklungspolitische Kompetenzzentrum Alliance Sud ist das ein No-Go. Auch der Zeitpunkt des Vorschlags sei unverständlich, weil *vor* der Parlamentsdebatte zu den Entwicklungskrediten. Die Praxis der «gebundenen Hilfe» gilt in der Fachwelt ohnehin als verfehlt: Die verpflichtende Bestellung bei Firmen in Geberländern verteuert Produkte und Dienstleistungen und gibt keine Impulse vor Ort. | *pd/slt*

Deutschlandticket nicht verteuern

Dem beliebten Deutschlandticket, mit dem für 49 Euro monatlich der gesamte Nah- und Lokalverkehr der Bundesrepublik genutzt werden kann, droht 2025 eine Preiserhöhung. Der aktuelle Budgetentwurf der Bundesregierung sieht eine Deckelung des Bundesbeitrags vor; wenn die Bundesländer das nicht auffangen, wird das Abo teurer. Die Gewerkschaft Verdi warnt, dass man auf diese Weise die angestrebte Verkehrswende gefährde. «Gerade die kommunalen Verkehrsunternehmen und ihre Beschäftigten brauchen Planungssicherheit», sagte die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Christine Behle. Der durch Personalengpässe, Infrastrukturmängel und Finanzierungsschwierigkeiten seitens der Kommunen eh schon belastete öffentliche Personennahverkehr würde dadurch «sehenden Auges weiter destabilisiert», so Behle. | *verdi/vpod*

Klagenfurt in Kärnten: Pflege ist Schwerarbeit.

Wer war's? Jenseits von Heidi

Heidi ist die überragende Figur der Schweizer Kinderliteratur. Johanna Spyri hat ihr Geschöpf so weit charakterisiert, dass es uns als eigenständige und -sinnige Persönlichkeit entgegentritt. Und sie lässt zugleich Raum dafür, die Figur mit zeittypischen Phantasien auszustatten. Folge: Heidi ist für die Schweizer Tourismuswerbung anschlussfähig und gleichzeitig pädagogisch verwertbar. Zwar ist das Naturkind Fräulein Rottenmeiers Enge und Strenge diametral entgegengesetzt. Aber Bildungsverweigerung, wie sie Freund Geissenpeter betreibt, ist ihre Sache gleichwohl nicht.

Und jenseits von Heidi? Auflagenstark ist etwa Federica De Cesco, die 1957 mit «Der rote Seidenschal» ein typischerweise von Mädchen gelesenes Standardwerk beisteuerte. Buben verschlangen gleichzeitig – frühe Form von Fantasy – Heiner Gross, der «Tumult auf der Kyburg» veranstaltete. Zu den älteren Klassikern gehören die zu den «Turnachkindern» geronnenen Kindheitserinnerungen von Ida Bindschedler. Ein Band beschreibt das Sommerhalbjahr, das die begüterte Zürcher Familie im Sommerhaus vor der Stadt verbrachte, der andere den Winter am Weinplatz. Weil im Hause Turnach-Bindschedler grossbürgerlicher Luxus und ein untypisch fortschrittlicher Erziehungsstil herrscht, fällt streckenweise gar nicht auf, dass hier eine Kindheit in den fernen 1860er Jahren beschrieben ist.

Die heute zu erratende Autorin wurde vor allem durch ein Hörspiel populär, das aus ihrem dreibändigen Hauptwerk angefertigt wurde. Das prominent mit Heinrich Gretler und Margrit Rainer besetzte «Heidi» lief ja als Ex-libris-Schallplatte in so manchem Kinderzimmer in Endlosschleife; also war das Schweizer Radio auf der Suche nach Stoff für eine neue Produktion. Diese war ebenfalls, wie auch die Vorlage, mit dem Vornamen der Protagonistin betitelt; in der Rolle abonnierte sich Ursula Schaeppi auf Kinderdarstellungen. Wir hören eine Art Heidi II, das sich im Tösstal den Zumutungen der Industrialisierung entgegenstellt. Die Autorin schildert damit die Kindheit ihrer Mutter, die 1861 in Wila geboren ist.

Frau X. hatte damit auch in Deutschland Erfolg, auch wenn sie Spyris Popularität nicht erreichte. Es gab zu ihrem Werk weder Animes noch einen von Gitti & Erica intonierten Titelsong. Lesenswert bleibt sie, weil sie die bäuerliche Welt Heidis (und die bourgeoise von Heidis Freundin Klara) um eine proletarische Sicht ergänzt. Wer die gesuchte Autorin eruiert, hat gute Chancen auf einen Büchergutschein von 100, 50 oder 20 Franken. Dazu braucht's Vor- und Nachnamen der Gesuchten, sei's per Postkarte an *VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich,* sei's per Mail an *redaktion@vpod-ssp.ch*. Verlosung ist am 12. September. | *slt*

Es war Jan Hus

Es geschah am 6. Juli 1415 zu Konstanz: An diesem Tag wurde Jan Hus auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die besondere Niedertracht des Justizmordes besteht darin, dass man dem böhmischen Gelehrten freies Geleit zugesichert hatte, wenn er für den Disput über den rechten Christenglauben anlässlich des Konzils in die Stadt komme. Etwa in der Rückbesinnung auf die Bibel und in der Kritik am Auseinanderklaffen von Jesu Lehre und dem Gebaren der herrschenden Geistlichkeit ist Hus Vorläufer der Reformation. Diese wurde durch seine Hinrichtung um ein Jahrhundert hinausgezögert. Ohne Zögern hier die Namen der Obsiegenden im Wettbewerb: Peter Stirnemann (Zürich), Christa Rederlechner (Kreuzlingen) und Ueli Tschamper (Basel). | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 22. Juni 2024

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im Restaurant Falken in Zürich getagt und hat

- die Jahresrechnung 2023 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen (Verbandsrechnung und Finanzierungsfonds) genehmigt und vom aktualisierten Finanzplan 2025/26 Kenntnis genommen. Zudem wurden zwei Nachtragsbudgets für das laufende Jahr gutgeheissen, die das für 2024 prognostizierte Defizit vergrössern werden, nämlich um rund 82 000 Franken (Unterstützung feministische Projekte in den Regionen infolge Kongressbeschlusses) und um weitere rund 300 000 Franken (Unterschriftensammlung und Kampagne EFAS infolge LV-Beschlusses). Die erfolgreiche Sammelphase sowie Themen und Etappen der Abstimmungskampagne waren ebenfalls Thema von Referaten und Debatten.
- eine am Kongress aus Zeitgründen nicht behandelte Resolution «Öko-Gewerkschaftsbewegung» der Region Freiburg verworfen, welche zugunsten einer nachhaltigeren Ausrichtung der beruflichen Vorsorge einen bezifferten Stellenetat verlangte. Der ad hoc vorgelegte, angenommene Gegenvorschlag verlangt vom VPOD allgemeiner die Erarbeitung eines ökologischen Konzepts.
- Cora Antonioli, Mitglied des Landesvorstandes seit 2015 und Vizepräsidentin des Verbandes, herzlich verabschiedet und Valentine Fueter, Region Genf, als Nachfolgerin gewählt. Ein weiterer Sitz für eine Frau aus der Romandie ist vakant. Gewählt wurde ausserdem Niccolò Mazzi Damotti, Region Tessin, als Mitglied der GRPK.
- eine Präsentation von Jordi Serra und dem PK-Netz über die BVG-Reform angehört. Für die Abstimmung vom 22. September wurde in Übereinstimmung mit früheren Entscheiden die Nein-Parole beschlossen. Ferner wurde entschieden, an der Parolenfassung zu VPOD-relevanten Vorlagen festzuhalten, soweit der nunmehr halbjährliche Rhythmus der DV dies terminlich gestattet.

Christian Dandrès, Präsident
Natascha Wey, Generalsekretärin

Nachruf

Jane McAlevey †

Unter Organizing versteht man einen Ansatz im Aufbau von politischen – speziell gewerkschaftlichen – Kampagnen, bei dem vermeintlich Machtlose durch kollektive Stärke das Heft des Handelns in ihre Hand (zurück)bekommen. Eine der Vordenkerinnen und Vorkämpferinnen dieser Strategie, Jane McAlevey, ist mit nur 59 Jahren in Kalifornien gestorben. Sie erlag einem aggressiven Knochenmarkkrebs. Die aus New York stammende Gewerkschaftsaktivistin und Publizistin hat aus ihrer langen Erfahrung Grundprinzipien gewerkschaftlicher Organisation abgeleitet und in Büchern dokumentiert. «Keine halben Sachen – Machtaufbau durch Organizing» und «Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um Demokratie» gelten als Bibel für den Aufbau von betrieblichen Bewegungen, bei denen die inhaltliche Kontrolle vor Ort verbleibt. Als Gründerin des Schulungsformats «Organizing for Power» hat Jane McAlevey zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung tausende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf der ganzen Welt ausgebildet, auch viele aus dem VPOD. Zu den von ihr entwickelten Methoden gehört das «Open Bargaining», also der direkte Einbezug einer grossen Zahl von Beschäftigten in die Verhandlungen, wie er beispielsweise von der Gewerkschaft Verdi in der Berliner Krankenhausbewegung oder vom VPOD am Theater Basel angewandt wird. | *vpod* *(Foto: Alice Attie/Wikimedia CC)*

Rote Köpfe

Das VPOD-Zentralsekretariat und die Region Zürich sind zurück im angestammten Haus zum Korn an der Birmensdorferstrasse 67, direkt vis-à-vis vom Bahnhof Wiedikon. Ein grosser Teil der beiden Sekretariate war ein gutes halbes Jahr im Volkshaus im Exil, weil an der Birmensdorferstrasse ein kräftiger Umbau stattfand. **Bruna Campanello** von der Unia-Geschäftsleitung und **Esther Lehmann** vom Sekretariat des GAV Gebäudehülle wird an dieser Stelle nochmals herzlich für die Gastfreundschaft gedankt. Und für den Kaffee, der im von uns gebuchten Rundum-sorglos-Paket inkludiert war.

Ein kompletter Auszug fand allerdings nicht statt; das Material und auch ein kleiner Teil der Belegschaft harrten während des gesamten Umbaus am alten Ort aus, aus logistischen und computertechnischen Gründen. Ein Zuckerschlecken war das nicht, zumal in jenen Wochen, wo auch der sanitäre Service public nur in Form eines Baustellenklos zur Verfügung stand. Inzwischen ist auch das Gerüst wieder abgebaut – schau an: Das VPOD-Logo prangt wieder schön und neu und rot auf der Fassade. Auch die Rückeroberungsparty hat bereits stattgefunden. | *slt*

Nein zu EFAS: Das gibt's zu tun

Eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung und Alterspflege ist für die ganze Bevölkerung wichtig. Wenn wir die Kampagne gegen die Gesundheitslobby und gegen EFAS gewinnen wollen, braucht es das Engagement aller. Auch deins. Das kannst du tun: *Erstens:* dich informieren. Komm in einen unserer einstündigen Online-Workshops (Mo, 26. August, 20 Uhr; Do, 29. August, 12 Uhr; Di, 17. September, 20 Uhr; Di, 15. Oktober, 12 Uhr; Mo, 21. Oktober, 20 Uhr). *Zweitens:* mitmachen. Sprich mit Kolleginnen, Nachbarn und Familie über eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung. Material gibt es beim Regionalsekretariat deines Vertrauens. *Drittens:* mitgestalten. In der heissen Phase des Abstimmungskampfs brauchen wir jede verfügbare Hand für Flyer- und weitere Aktionen. Bist du dabei? – Ach, übrigens: Politische Arbeit kostet Geld. Jede Spende ist willkommen. – Mehr Infos: *stop-efas.ch;* Workshops: *vpod.ch/diverses/efas-einfach-erklaert.*

28. September: Grenzenlose Demo

Vormerken: Solidarité sans frontières lädt am Samstag, 28. September, zu einer grossen Demo nach Bern. Über 100 Organisationen, darunter auch die VPOD-Migrationskommission, unterstützten den Aufruf «Zwischen uns keine Grenzen! Für eine offene Gesellschaft der Vielen!» Die Demo soll ein Zeichen für die Teilhabe aller und gegen Rassismus setzen. | *pd*

Dank dem VPOD erhielt die gekündigte Kollegin S. ihren Anteil aus dem Sozialplan

Sanfte Landung

Leistungen aus dem Sozialplan sind fällig, egal ob die Mitarbeiterin direkt eine Anschlusslösung findet oder nicht. Der gegenteilige Deutungsversuch des Arbeitgebers kam beim Obergericht schlecht an. S. landete sanft und erhielt eine schöne Summe. | **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: Robert Winkler/iStock)*

Den von Abbau Betroffenen eine sanfte Landung zu ermöglichen, ist das Ziel eines Sozialplans. Auch S. profitierte letztlich.

Kollegin S. arbeitete seit 30 Jahren als Pflegeassistentin, später als Aktivierungstherapeutin in einem Alters- und Pflegeheim, als der kantonale Spitalverbund entschied, die Institution zu schliessen. Zwischen den Sozialpartnern, darunter auch der VPOD, wurde ein Sozialplan ausgearbeitet. Die Entlassenen sollten beschäftigungssichernde Perspektiven erhalten, Härtefälle galt es zu vermeiden. Ziel eines Sozialplans ist immer die sanfte Landung, die möglichst nahtlose Weiterbeschäftigung. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeit des Unternehmens soll für alle eine massgeschneiderte Lösung gefunden werden.

Schlüsselabgabe – und tschüss?

S. bemühte sich intensiv um eine neue Stelle und fand schnell – noch vor Ablauf der Kündigungsfrist – einen ihr passenden, neuen Arbeitsplatz. Sie informierte den Arbeitgeber und ersuchte um Verkürzung der Kündigungsfrist. Der forderte sie auf, ihr Büro zu räumen und die Schlüssel abzugeben. Eine Besprechung erfolgte einige Tage später, nachdem S. die neue Stelle bereits angetreten hatte. Aber die ihr vorgelegte Aufhebungsvereinbarung, die auch den Verzicht auf Leistungen aus dem Sozialplan enthielt, wollte S. nicht unterschreiben. Warum sollte sie «freiwillig» verzichten?

Nach einem Gespräch mit den Vorgesetzten wurde das Arbeitsverhältnis wunschgemäss aufgelöst, jedoch mit der Androhung, die Leistungen aus dem Sozialplan zu verweigern. In der S. vorgelegten Verfügung stand tatsächlich nichts zu diesen Leistungen. Im Gegenteil: Ihr wurde der ausstehende Lohn gekürzt, weil sie die neue Stelle vorzeitig angetreten habe. Die rasche und erfolgreiche Arbeitssuche sollte ihr nun zum Verhängnis werden: Sie sei ja keinen Tag arbeitslos gewesen und habe somit keine weiteren Ansprüche.

Gegen diesen Bescheid fand der VPOD-Vertrauensanwalt deutliche Worte: Eine derartige Klausel sei eben gerade nicht «das gute Recht» des Arbeitgebers, wie dieser behauptet hatte. Sondern «nötigend». Die Fürsorgepflicht verlange, dass er sich sowohl um jene sorge, die innerhalb des Verbunds eine neue Stelle fänden, als auch um jene, die woanders unterkämen. Auch in S.' Fall drücke sich die Fürsorgepflicht in Leistungen aus dem Sozialplan aus. Denn eine Stelle andernorts garantiere ja nicht die bisherigen Bedingungen. Bei S. war tatsächlich eine Verschlechterung eingetreten.

Gegen Treu und Glauben

S. und der Vertrauensanwalt reichten also beim Regierungsrat einen Rekurs gegen die Verfügung ein mit dem Antrag auf deren Aufhebung und um die Auszahlung von Leistungen aus dem Sozialplan. Der Regierungsrat wollte davon nichts wissen: S. habe selbst gekündigt, deshalb sei der Sozialplan für sie nicht anwendbar. Das Obergericht war in diesem Fall die nächsthöhere Instanz, und es urteilte klar zu S.' Gunsten und gegen die störrische Regierung. Eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf der Kündigungsfrist sei in solchen Fällen ausdrücklich zulässig. Dass S. den Arbeitsvertrag bereits unterschrieben hatte, sei unerheblich; daraus einen Verzicht auf Ansprüche abzuleiten, verstosse gegen Treu und Glauben, so das Obergericht.

Auch der spätere Vorwurf an S., die Arbeitsstelle ohne Aufhebungsvereinbarung verlassen zu haben, ziele ins Leere. Aufgrund dieser und weiterer Erörterungen hiess das Obergericht die Beschwerde gut und schickte den Fall zurück an den Arbeitgeber. Dieser musste nun die Ausrichtung von Leistungen aus dem Sozialplan an seine ehemalige Mitarbeiterin prüfen und berechnen. Aufgrund des drei Jahrzehnte dauernden Dienstes kam für S. dabei eine hübsche Summe zusammen.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Bolivien: Die Erhaltung des Regenwalds funktioniert nur mit Einbezug der indigenen Bevölkerung

Mein Freund, der Regenwald

Delmy Argota engagiert sich in einem Solidar-Projekt in Bolivien dafür, dass der Regenwald erhalten wird. Die örtliche Bevölkerung wird bei der Vermarktung nachhaltiger Produkte unterstützt.

| **Text und Foto:** *Guimer Zambrano, Solidar Bolivien*

«Eines Tages werde ich sein wie sie», dachte Delmy Argota als kleines Mädchen, als Mitarbeitende von Entwicklungsorganisationen in ihrem kleinen Dorf auftauchten. Heute, mehr als zwei Jahrzehnte später, hat sie tatsächlich eine vergleichbare Mission: Als Kommunikationsverantwortliche des Solidar-Projekts «Bionegocios Guarayos» hat sie sich dem Schutz eines der wichtigsten Waldreservate Boliviens verschrieben.

Shampoo, Kakao, Kunsthandwerk

«Bionegocios Guarayos» stärkt die nachhaltige Produktion im Reservat, einem Gebiet so gross wie ein Drittel der Schweiz. Die indigenen Gemeinschaften stellen Öl, Kakao, Shampoo und Cremes aus wilden Palmen her und verwandeln Palmblätter und Holz in Kunsthandwerk. Mit der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen tragen sie dazu bei, dass die ökologische Ressource Regenwald bestehen bleibt. Mit Slogans wie «Der Wald ist unser Reichtum» wirbt Delmy Argota in den Medien für nachhaltige Nutzung: «Es ist wichtig, die Bedeutung des Waldes für das Leben der Menschen zu vermitteln. Früher wurde hier gejagt und gefischt, es war viel harmonischer. Wir versuchen, diese Praktiken wiederzubeleben», sagt die 30-Jährige.

Delmy Argota verliess Tigüipa, ihr 1100 Kilometer von der Hauptstadt La Paz entferntes Heimatdorf im bolivianischen Chaco, bereits nach der Primarschule. In der nächstgelegenen Stadt besuchte sie das Gymnasium und wurde Schulbeste – die Voraussetzung für ein Stipendium. Zum Studieren ging sie nach Santa Cruz, der grössten Stadt des Landes. Es war ein kleiner Schock für die junge Frau aus der Provinz: «Die Begeisterung meiner Klassenkameraden für Hamburger & Co. teilte ich nicht», erzählt sie. «Ich vermisste den Quesillo und das Rührei mit Mais meiner Mutter. Sogar die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel musste ich erst lernen.»

Für den Studiengang Soziale Kommunikation entschied sie sich wegen seiner Nähe zu den Menschen. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie am Wochenende im Supermarkt. Und sie schrieb Hausarbeiten für ihre Mitstudierenden und wirkte bei audiovisuellen Produktionen mit. Eine Bedingung für die Ausbildung an ihrer Privatuniversität war, dass sie an ihren Herkunftsort zurückkehrt, um das Gelernte dort anzuwenden. Und das tat sie: Acht Monate arbeitete sie als Jugendkoordinatorin in einem Dorf.

Nach mehreren befristeten Anstellungen bei Entwicklungsorganisationen bewarb sich Delmy Argota 2021 bei Solidar Suisse. Sie war die jüngste Bewerberin, aber ihre Fähigkeiten, ihr Charisma und ihr Wunsch, sich für Menschen einzusetzen, gaben den Ausschlag für die Anstellung beim Umweltprojekt. «Wenn Ausbeutung verhindert werden soll, muss der Konsum verantwortungsvoller werden», findet Delmy Argota. Zu diesem Zweck will sie die Produktionsketten rückverfolgbar machen. Die Leute aus der Stadt sollen wissen, dass ihr Einkauf bei indigenen Gemeinschaften zur Erhaltung des Waldes beiträgt.

Jugendliche engagieren sich

Das Projekt bietet auch Räume, in denen die Teilnehmenden künstlerische Fähigkeiten vertiefen können. Delmy Argota hat kürzlich eine Kunstkarawane mit Wandbildern und Theaterstücken in Gang gesetzt. Es stimmt sie zuversichtlich, dass sich viele junge Menschen daran beteiligen. Ihre Überzeugung ist, dass der beste Weg zur Rettung der Waldgebiete über die Menschen vor Ort führt – sie sollen bei der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen unterstützt werden, und es sollen ihnen Vermarktungswege aufgezeigt werden. Und dann erinnert sich Delmy Argota an das kleine Mädchen, das sie einmal war und das die Arbeit der «Entwicklungshelferinnen» bewunderte. Und sie hofft, dass auch ihre Arbeit Leute inspiriert.

Delmy Argota setzt sich für nachhaltiges Wirtschaften im Regenwald ein.

Christoph Battaglia, Dozent Instrumentalmusik Gitarre, PH Schaffhausen

Riffs am Rhein

Glücklich ist er, wenn er mit «Stoppel & Bart» die Kleinkunstbühnen rockt. Oder wenn im Gitarrenunterricht an der PH Schaffhausen jemandem der musikalische Knopf aufgeht. Für eine Atmosphäre, in der das möglich ist, steigt Christoph Battaglia notfalls auch in den Ring. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Hast du Töne? Ja, und zwar bunte: Christoph Battaglia und seine Gitarre.

Die Pädagogische Hochschule Schaffhausen ist die kleinste ihrer Art in der Schweiz. Dass sie überhaupt – und *noch* – existiert, so ganz z'usserscht usse und änne-n-am Rhy, ist ein mittleres Wunder. Denn in der Epoche, da die Ausbildung von Lehrkräften von den Seminaren an die PHs wanderte, gab es in Schaffhausen auch die Ansicht, man könne die Lehrerausbildung dem grossen Nachbarkanton überlassen. Doch die PH Schaffhausen hat sich gehalten.

Nicht weggelaufen

Sie hat auch ihren besonderen Spirit erhalten, das Familiäre, das Niederschwellige, das Nicht-bis-ins-Letzte-Durchgetaktete. Bis eine neue Schulleitung den Laden mit Methoden aus der Privatwirtschaft auf effizient trimmen wollte – ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Sensorium für pädagogische Inhalte. Und vor allem: ohne Musikgehör für den zunehmenden Unmut unter den Dozierenden (und den Studierenden). Schon begann die Abstimmung mit den Füssen: der Exodus bewährter Kräfte aus dem Lehrkörper und dem Verwaltungsapparat, der Einbruch bei den Immatrikulationen. Einer, der nicht davonlief, der im Gegenteil zum Kopf des schulinternen Widerstands wurde, ist Christoph Battaglia, seit 2017 am Haus als Dozent Instrumentalunterricht Gitarre.

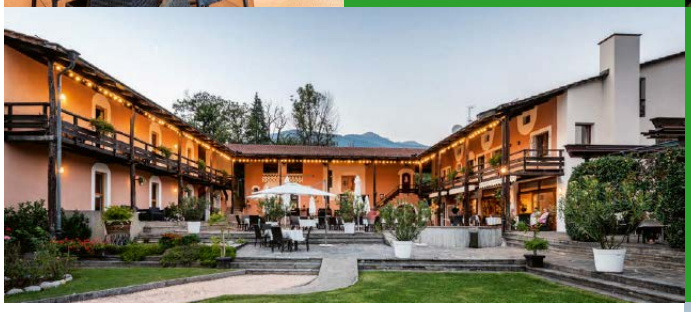
Unter Einbezug örtlicher Medien und der Politik und mit der Unterstützung des VPOD ist es den Studierenden und den Mitarbeitenden gelungen, das Schifflein PH Schaffhausen wieder auf einen Kurs zu manövrieren, der einer Ausbildungsstätte für Pädagoginnen und Pädagogen angemessen ist. Den entscheidenden Kick gab die externe Zufriedenheitsumfrage, bei der unterirdische Unzufriedenheit an die Oberfläche trat. Jetzt ist die Führung ausgewechselt, und der frisch gewählte Vorstand der Mitarbeitendenorganisation stellt nun Delegationen auf allen Führungsebenen.

Christoph Battaglia hat mit der Stelle an der PH quasi den Sechser im Lotto gemacht: von einer so sicheren und anständig bezahlten Existenz kann man anderswo in der Musikwelt nur träumen. Dieser Boden erlaubt es ihm, als Künstler neben der pädagogischen Tätigkeit jene Art von Musik zu machen, die er machen *will* (anstatt auf Betriebsfeiern oder Hochzeiten aufoktroyierte Playlists herunterzuzupfen). Er *will* zum Beispiel mit der 6-köpfigen Band «City Funk Beats», deren Leader er ist, funkige 70er- und 80er-Jahre-Covers hinlegen (Vocals: Nadine Arnet). Oder als Gitarrenduo «Stoppel & Bart» (mit Jürg Meili) einen Mix aus Flamenco und Rock erzeugen, in den auch etwas Jazz oder Klassik oder Led Zeppelin eingesickert ist.

Intrinsische Motivation bewahren

Egal, wenn es nur zwei Dutzend Nasen sind, die zum Konzert im Kleinkunstkeller kommen: Alle Beteiligten haben enormen Spass. Für ein solches Glück ist man Musiker geworden. Und für die Weitergabe der Flamme, nicht der Asche. Musikunterricht an einer PH unterscheidet sich von dem an einer Musikschule unter anderem durch die (Un-)Freiwilligkeit der Teilnehmenden. Aber bei Christoph Battaglia, der trotz Jahrzehnten im Unterland munter weiter bündnert, ist noch fast allen der Knopf aufgegangen. Zumal der gelernte Jazzmusiker für beinahe jedes Stück ein Arrangement auf dem Niveau der jeweiligen Schülerin zaubern kann. Da klappt's dann auch mit der intrinsischen Motivation. Erst recht, wenn – was sich abzeichnet – an der PH jetzt wieder Kräfte die Oberhand gewinnen, die den ursprünglichen Auftrag ernstnehmen und nicht nur mit Worthülsen aus dem Managementseminar um sich werfen.

DER
SOMMER
IM
TESSIN



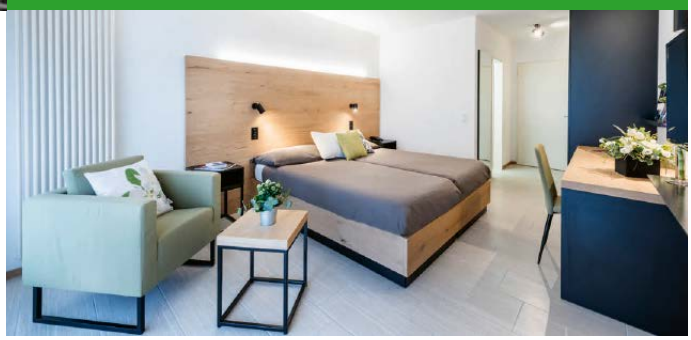
Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow

20% VPOD-Rabatt

(jederzeit gültig)

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

info@grappoli.ch
www.grappoli.ch



Hotel Ristorante iGrappoli - 6997 Sessa - Tel. 091 608 11 87

AZB Postfach, 8036 Zürich

«Hilfe, meine Miete wird ungerechtfertigt erhöht! Wer hilft mir?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 17 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier | Fördert gute Waldnutzung FSC® C004807

Foto Titelseite: *Parlamentspalast in Bukarest. (Foto: EGÖD/EPSU)*